Nr. 25. 12. Jahrgang. Hamburg, 19. Juni 1904.

Holzarbeiter-Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.
Abonnementspreis M. 1 pro Quartal, ohne Bringegeld.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: A. Röske, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: H. Stubbe, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 19, Fruchtallee 79/81.

Inserate
für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 ₰,
Vergnügungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 ₰,
Versammlungsanzeigen 10 ₰. Beilagen nach Uebereinkunft.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlerinnung ist gesperrt!

Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Cöln a. Rh. (Telegr.) Verschiedene Werkstätten im Ausstand. Zuzug fernhalten.

Rheinfelden i. d. Schweiz. (Telegr.) In der Rohrmöbelfabrik Völlmy ist Streik ausgebrochen. Zuzug fernhalten.

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern nach Osnabrück, Prag, Frankenthal (Hölscher), Budapest, Bremerhaven, Singen (Müller), Wilsdruff, Eilenburg, Offenbach, Lassan in Pommern, Bayreuth (Faust & Bezold), Nowawes (Schmager), Parchim (J. Behrend), Dortmund, Aachen, Friedrichshafen (Epple), Bamberg (Bätz), Graudenz, Melle (Münster), Oldesloe (Combühr), Bochum (Altenhövel);

Bautischlern nach Steglitz, Lichterfelde, Friedenau, Langwitz bei Berlin, Rixdorf;

Tischlern, Maschinenarbeitern und Grundierern nach Bochum (Altenhövel), Lage (Lippe), Pasing (F. Gutleben);

Tischlern und Maschinenarbeitern nach Magdeburg (W. Dittmar), Trebbin (R. Fähnrich), Bonn (H. Mehlen);

Tischlern, Drechslern, Polierern und Maschinenarbeitern nach Landsberg a. d. Warthe;

Bau- u. Möbeltischlern nach Schwiebus (L. Scholz Söhne);

Parkettbodenlegern nach Hannover, Regensburg;

Tischlern und Stellmachern nach Lippstadt;

Polierern nach Bayreuth (Steingräber & Söhne);

Korbmachern nach Stubben (Ziegast), Lorstedt (Kairath), Sellstedt (Allermann, Schröder & Misch), Mühlberg a. d. Elbe, Grunbach in Remstal (Wohnhus), Lübeck (Möhler);

Holz-, Horn- und Stockdrechslern nach Barmen (Heuser);

Klavierarbeitern nach Münster i. W. (Gebr. Knake);

Korkschneidern nach Bielefeld;

Kistentischlern nach Mügeln (Balbauf);

Stuhlmachern nach Fürth (L. Scheidig);

Stockarbeitern nach Bürgel i. Hessen (J. Hau), Berlin (A. Schülke, Ritterstr. 59).

Die deutschen Scharfmacher organisieren.

Im Laufe dieses Jahres haben es zwei der bedeutendsten Führer der Arbeitgeber unternommen, dem Arbeitgeberstande den Weg zu zeigen, wie sie durch eine räumlich ausgedehnte und innerlich gefestigte Organisation sich gegen die „Forderungen der Gewerkschaften" oder die „drohenden immer schärferen Angriffe der Arbeiter wehren können."

Einer dieser beiden Führer, der unseren Lesern sattsam bekannte Generalsekretär Bueck vom Zentralverband der Industriellen, hat vor einigen Monaten eine Broschüre*) erscheinen lassen, in welcher er die dringliche Notwendigkeit des Zusammenschlusses der deutschen Arbeitgeber in den anschaulichsten Farben schildert. Er versichert mit der scheinheiligsten Miene von der Welt, daß niemand an die Beschränkung des Koalitionsrechtes denke, sondern den Unternehmern es lediglich um eine Beseitigung des Koalitionsmißbrauches zu tun sei, und da der Reichstag ein solches Gesetz wiederholt abgelehnt und bei dieser Gelegenheit die Regierung sich nie fest gezeigt habe, sei die Arbeitgeberschaft auf die Selbsthülfe angewiesen.

Es berührt geradezu komisch, wenn ein Bueck, dessen Lebensaufgabe die Knebelung und Rechtlosmachung der Arbeiter ist, davon spricht, „daß er die Koalitionsfreiheit der Arbeiter nicht antasten wolle". Seine Broschüre beweist von einem Ende zum anderen das genaue Gegenteil. Bueck läßt die Koalitionsfreiheit der Arbeiter nur so lange als berechtigt gelten, als nicht mit ihr der Versuch gemacht wird, günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Kommt es bei einem solchen Versuche zur Arbeitseinstellung, dann ist ein solcher Versuch Koalitionsmißbrauch.

Mit einer gewissen inneren Befriedigung zitiert er in seiner Broschüre diejenigen geschichtlichen Angaben des Geh. Regierungsrats König, wonach den Gesellen zur Zeit der Blüte des Handwerks im 16. und 17. Jahrhundert das Streiken unter Androhung und Vollziehung der schwersten Strafen (Festung, Gefängnis, Zuchthaus und selbst Todesstrafe) unmöglich gemacht wurde, und daß im Jahre 1731 die Koalitionen der Gesellen entweder aufgelöst oder ihnen eine Form gegeben wurde, durch die sie ihres Inhalts beraubt und ihrem eigentlichen Zwecke vollkommen entfremdet wurden. Wenig befriedigt ist der Koalitionsrechts„freund" Bueck davon, daß, nachdem das Koalitions- und Vereinsrecht im Jahre 1832 gänzlich verboten war, es nach 1848 wieder auflebte. Gar nicht verwinden kann er es, daß im Jahre 1868 nicht schärfere Bestimmungen in der Gewerbeordnung gegen die Koalitionsfreiheit Aufnahme gefunden hatten. Wörtlich klagt Bueck:

„So waren die §§ 152 und 153 mit ihrem durchaus unzureichenden Rüstzeug am Ende eines Zeitabschnittes entstanden, in dem man von dem schnellen Wachsen der Sozialdemokratie, von ihren gegen den Staat, die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung gerichteten Tendenzen im allgemeinen noch keine Ahnung hatte. Wären die schweren Erschütterungen vorausgesehen worden, die in der Folge durch Ausstände dem wirtschaftlichen Leben bereitet wurden, hätte man vermuten können, daß eine straff organisierte Minderheit in Ausübung eines rücksichtslosen Terrorismus es dem einzelnen immer schwieriger machen würde seine Freiheit neben der übermächtigen sozialdemokratischen Koalition zu bewahren, so würden wahrscheinlich ausreichendere Garantien verlangt und erhalten worden sein."

Der Oberscharfmacher faselt dann weiter von gewohnheitsmäßig und gewerbsmäßig ausgeführten Straftaten, argen Ausschreitungen während des durchaus „ungenügenden Sozialistengesetzes"; er spricht von den zahlreichen Störungen der Arbeit und von mutwillig angestifteten Ausständen, und begründet mit diesen die im Jahre 1890 eingebrachte Novelle zur Gewerbeordnung, wonach die Strafbestimmung im § 153 verschärft werden sollte. Offen gesteht der Oberscharfmacher ein, daß die auf Veranlassung Wilhelm II. dem Reichstag vorgelegten Arbeiterschutzbestimmungen eigentlich nur der Regierung Gelegenheit geben sollten zu einer Verschlechterung des Koalitionsrechts. Also mit der einen Hand gibt man dem Arbeiter das Zuckerbrot, mit der anderen führt man die Peitschenhiebe auf seinen Rücken. Die bekannte und beliebte Taktik preußisch-deutscher Sozialreform! Diese alte Taktik hat damals niemand besser verfolgt, als der derzeitige Handelsminister von Berlepsch, der heute sich überall als der Messias des gedrückten und geplagten Arbeiterstandes aufspielt.

Daß der spätere, mit Hülfe der von Bueck und Genossen gespendeten M 12 000 zu stande gekommene Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitswilligen vom Reichstage „verscharrt" wurde, wie Bueck sagt, und daß der Reichstag auch nicht die mindeste Rücksicht nahm auf das verpfändete Kaiserwort, daß nämlich das Gesetz zu stande kommen werde, wonach jedem die schwerste Strafe drohen solle, der seinen Nebenmenschen an freiwilliger Arbeit hindere, kümmert den Oberscharfmacher ganz mächtig, und es gelingt ihm äußerst schwer, seine Wut zu verbergen, was daraus hervorgeht, daß er ebenso, wie vor einigen Wochen ein verknöcherter Innungskrauter im hamburgischen Parlamente, von den Ortskrankenkassen sagte, daß sie von sozialdemokratischen Führern zu ungesetzlichen Zwecken gemißbraucht würden. Bueck sagte wörtlich: „Die freien Hülfskassen sind längst Erziehungsanstalten der Sozialdemokratie, die Ortskrankenkassen Anstalten zur Belohnung und Versorgung abgenutzter sozialdemokratischer Agitatoren geworden." Bueck weiß eben so gut als wir, daß die freien Hülfskassen mit der Sozialdemokratie nicht das mindeste zu tun haben; daß ein Teil ihrer Mitglieder sich zur Sozialdemokratie bekennt, ist ebenso Zufall als Mitglieder des Zentralverbandes der Industriellen zur nationalliberalen oder zu einer anderen Partei gehören; daß aber Mitglieder einer Ortskrankenkasse, die zufällig Sozialdemokraten sind, sich um eine Beamtenstelle an der Kasse bewerben, ist ihr gutes Recht, das ihnen ein Bueck glücklicherweise nicht streitig machen kann. Sie sind Beamte der Kasse und als solche erfüllen sie ihre Pflicht mindestens ebenso gewissenhaft als solche, die keine Sozialdemokraten sind.

Bueck malt dann blutrote Bilder von dem „rücksichtslosen und erbarmungslosen Druck, Zwang und schlimmsten Terrorismus einer winzigen Minderheit gegen die große Masse der Arbeiterschaft", er spricht von einem „schweren, vernichtenden Joch", unter das die Arbeiterschaft von den Gewerkschaften gezwungen wird, und doch weiß jeder, der mit der Gewerkschaftsbewegung vertraut ist, daß die Agitation in durchaus ruhigen Bahnen sich vollzieht, und daß die Werbung von Mitgliedern in vollkommen gesetzlich zulässiger Weise vor sich geht. Kommt es hin und wieder wirklich einmal vor, daß ein Kollege seinem störrischen Mitarbeiter gegenüber unwillig wird, so ist das gewiß kein Grund von einem „schweren, vernichtenden Joch" zu reden, unter das ein solcher Mitarbeiter gezwungen wurde.

Wie wenig Bueck aus den gemachten Erfahrungen vieler Fabrikanten und aus den Gewerbe-Inspektorenberichten über den Wert der Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Industrie überhaupt gelernt hat, beweisen seine Angriffe gegen die, welche eine solche Verkürzung anstreben. Wenn Bueck von seinem Standpunkte aus der Wahrheit die Ehre geben, d. h. zugeben würde, was einsichtige Industrielle längst erkannt haben, dann wäre seine Stellung als Generalsekretär und berufsmäßiger Hetzer gegen die Arbeiterorganisationen hinfällig, und sein Ruhm als Oberscharfmacher in Atome zerfallen. Darum wird er fortfahren, nachzuweisen, daß die „Verkürzung der Arbeitszeit den Interessen der Arbeiter widerspricht", und daß es nur die sozialdemokratischen Hetzer und Agitatoren sind, die die unters Joch gebrachten organisierten Arbeiter erbarmungslos terrorisieren, damit sie die Industrie mit ihren fortwährenden Forderungen nie in Ruhe lassen.

Er bringt die Regierung in Verdacht, daß sie diese Bestrebungen der Sozialdemokratie unterstützt, und da es nach Meinung Brecks ganz ausgeschlossen ist, „daß ein aus unserem bestehenden Wahlrecht hervorgegangener deutscher Reichstag zur Bekämpfung der von der Sozialdemokratie und ihren Organisationen ausgehenden rechtlosen Zustand mitwirken wird", und weil weiter, wie Bueck sagt, „die verbündeten Regierungen eine mehr und mehr die Sozialdemokratie und ihre Zwecke fördernde Richtung eingeschlagen haben und verfolgen", deshalb ist für die deutschen Industriellen zur Bekämpfung oder Beseitigung des Koalitionsrechts der Arbeiter nichts zu erwarten, und „ohne helfen

*) „Die Organisation der Arbeitgeber", J. Gutentags Verlag, Berlin 1904.

zu können, muß sie zusehen" (die deutsche Industrie nämlich), „wie der überwiegende noch treue und gutgesinnte Teil ihrer Arbeiter unter der Tyrannei der sozialdemokratischen Organisationen leidet und, oft genug zum Verderben, dem Koalitionszwange rettungslos verfällt". Schrecklich!

„So diesem Stande der Notwehr preisgegeben", wollen die Unternehmer dann den Weg der Selbsthülfe beschritten haben, und zu dem Zusammenschlusse in dem allgemeinen Arbeitgeberverband gekommen sein.

Nach einer Schilderung des Verlaufs und der Beendigung des Crimmitschauer Ausstandes und der mit diesem zusammenhängenden Gründung des Arbeitgeberverbandes kommt der Oberscharfmacher zu dem Schluß, daß die bisherigen Organisationen der Arbeitgeber nicht genügen, und „daß es dem ernsten, festen Zusamenwirken der Arbeitgeber wohl gelingen könnte, die Lust zum Kampf und Angriff bei den sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen niederzuhalten und im beiderseitigen Interesse den ruhigen Fortgang der Arbeit zu sichern."

Das ist's, was die Bueck und Konsorten wollen: die Arbeiter durch Koalitionsverbot und Gründung allmächtiger Unternehmerorganisationen niederzwingen, sie rechtund machtlos machen, damit sie unter dem Joche profithungriger Ausbeuter nie daran denken, ihr eigenes Interesse wahrzunehmen, sondern stets nur das ihrer „Brotgeber" und „Wohltäter" durch „ruhigen Fortgang der Arbeit" im Auge behalten.

Einem solchen Beginnen gegenüber, wie es Bueck plant, muß es als Heuchelei bezeichnet werden, wenn er „ausdrücklich festgestellt" wissen will, „daß es den Arbeitgebern durchaus fernliegt, eine Beschränkung des den Arbeitern gewährten Koalitionsrechtes zu erstreben".

Dies ergiebt sich aus folgendem Schlußsatz der Bueckschen Broschüre auf das schlagendste: „Es ist hier aber in unanzweifelbarer Weise festgestellt worden, daß gegenwärtig im Deutschen Reiche ein rechts- und gesetzloser Zustand insofern besteht, als es der Sozialdemokratie nicht verwehrt ist, die Koalitionsfreiheit in einen Koalitionszwang umzuwandeln."

Unsere Leser wissen, daß die Gewerkschaftsmitglieder, auch die unseren, lediglich ihre gesetzliche Pflicht erfüllen, wenn sie ihre unorganisierten Mitarbeiter zum Anschluß an die Organisation zu überreden versuchen, in Wort und Schrift sie von der Notwendigkeit des engen Zusammenschlusses zwecks Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen überzeugen. Sie tun damit nichts anderes, als was die Unternehmer ihrerseits jeden Tag ausführen. Und wenn sie denen, die wider die Interessen der Organisation handeln, sei es durch Verletzung der statutarischen Vorschriften oder durch Streikbruch, den Stuhl vor die Tür setzen, d. h. sie aus ihrer Organisation ausschließen, so ist das genau so ihr gutes Recht, als wenn die Unternehmer, welche sich den Beschlüssen nicht unterordnen, aus der Organisation entfernt, oder so weit das nicht möglich, von jedem Mitgliede gemieden oder boykottiert werden. Diese gleiche Handlung der Unternehmer als Koalitionsmißbrauch zu bezeichnen, fällt dem Oberscharfmacher Bueck natürlich nicht ein; bei seinesgleichen ist alles recht, was bei den Arbeitern unrecht ist.

Kommt hinzu, daß Behörden und Gerichte mit Argusaugen darüber wachen, daß die Gesetzesbestimmungen von den Arbeitern bis auf das Tüpfelchen über dem i befolgt werden, und die geringste Verfehlung mit Strafe belegt wird, wohingegen anderseits die Unternehmer sich der weitesten wohlwollenden Rücksichtnahme aller Behörden zu erfreuen haben, dann begreift man erst, welche edle Dreistigkeit dazu gehört, zu behaupten, daß die Unternehmer der Koalitionsfreiheit der Arbeiter gegenüber machtlos seien und ein recht- und gesetzloser Zustand bestehe, dem gegenüber das Unternehmertum gezwungen sei, zur Selbsthülfe zu schreiten.

Wie dem auch sei, der Arbeitgeberverband, der unter einer einheitlichen Leitung steht, ist am 17. Mai gegründet worden zu dem ausgesprochenen Zwecke: „sich die Vertretung der wirtschaftlichen Arbeitgeberinteressen gegenüber den Angriffen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung angelegen sein zu lassen."

Friedensschalmeien werden, wie die Erfahrung lehrt, in diesem Unternehmerverbande nicht geblasen; Kampf ist seine Parole, Kampf gegen die „begehrlichen" Arbeiter, gegen die „unzufriedenen Elemente", die sich anmaßen, von ihren „Brotgebern" eine Schonung ihres einzigen Eigentums, der Arbeitskraft, durch Verkürzung der Arbeitszeit zu verlangen, die sich anmaßen, einen Teil des ins Riesenhafte angeschwollenen, von ihnen geschaffenen Reichtums in Gestalt eines auskömmlichen Lebenslohnes zu fordern! Kampf gegen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter! Das ist das Losungswort des profithungrigen Unternehmerklüngels. Mögen auch unsere Kollegen sich das merken. Es ist keine Zeit zum Grübeln, sondern zum Handeln. Es heißt alle Kräfte anspannen, um die Lauen und die Gleichgültigen aufzurütteln, sie dem Verbande zuzuführen, damit eine gemeinsame Abwehr und, wenn es nicht anders geht, ein gemeinsamer Angriff gegen das arbeiterorganisationsfeindliche Unternehmertum mit aller Kraft, mit vollstem Nachdruck geführt werden kann.

Der Friede mit dem Unternehmertum wird erst dann gesichert sein, wenn die Arbeiterorganisationen sich denen der Arbeitgeber ebenbürtig an die Seite stellen, beide Mächte sich gegenseitig messen können und sich schon aus diesem Anlaß gegenseitig achten und als gleichwertige und gleichberechtigte Organisationen anerkennen.

Helfe jeder unserer Kollegen, daß dieser Zustand bald verwirklicht werde.

Die Aussperrung der Tischler und Bauarbeiter in Münster in Westfalen.

Die altehrwürdige Stadt, genannt das nordische Rom, steht im Zeichen des Streiks und der Massenaussperrung. Christliche Arbeitgeber, Zentrumsmänner par excellence, deren Mund von Arbeiterfreundlichkeit trieft, wenn es nichts kostet, werfen ihre Arbeiter erbarmungslos auf das Pflaster, wenn diese es wagen, auch nur die bescheidensten Forderungen um Erhöhung ihres kargen Lohnes zu erheben, ganz gleichgültig, ob es sogenannte sozialdemokratisch oder christlich Organisierte sind. Die in beiden Richtungen vertretenen Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter stellten die Forderung eines Stundenlohnes von 45 bezw. 38 ₰ auf, wurden aber von den Bauunternehmern brüsk abgewiesen. Die Arbeitsniederlegung bei vier Unternehmern wurde von dem gesamten im Arbeitgeberverband des Bauhandwerks organisierten Unternehmertum damit beantwortet, daß diese den Arbeitern einen Revers zum unterzeichnen vorlegten, welcher nicht weniger verlangte als 1. sich zu verpflichten, keinerlei Organisation als Mitglied anzugehören; 2. keine Streikgelder zu zahlen; 3. auf gesperrten Bauten zu arbeiten. Dies zu unterschreiben, wurde von sämtlichen organisierten, selbst dem größeren Teil der nicht organisierten Kollegen verweigert. Es wurden hierauf über 1000 Bauarbeiter ausgesperrt. Wir haben dies zur Kenntnis der Kollegen gebracht, um, ähnlich wie im nachfolgenden bei den Tischlermeistern, zu zeigen, wie das hiesige Unternehmertum in nichts den Scharfmachern anderen Orts zurücksteht.

Die Tischler, organisiert im Christlichen und Deutschen Holzarbeiterverband, wählten eine Kommission und unterbreiteten am 21. April den Tischlermeistern ꝛc. folgende minimale Forderungen:

Münster i. W., Datum des Poststempels.

An
Eine wohllöbliche Tischler-Zwangsinnung der Stadt Münster, die Herren Möbelfabrikanten, Holzindustriellen und Bauunternehmer daselbst.

Sehr geehrte Herren!

Die ergebenst unterzeichnete Kommission erlaubt sich hiermit, im Auftrage der im christlichen Holzarbeiterverbande und im Deutschen Holzarbeiterverbande organisierten Arbeiter Folgendes zu unterbreiten:

Obwohl es nicht verkannt werden kann, daß sich die wirtschaftliche Lage der in hiesigen Tischlereien beschäftigten Arbeiter in den letzten Jahren wesentlich gebessert hat, so kann es doch nicht bestritten werden, daß dieselbe noch sehr verbesserungsbedürftig ist. Die fortwährende Steigerung der Lebensmittel, der Wohnungsmieten, sowie fast aller notwendigen Gebrauchsartikel, zwingen uns, darauf zu achten, daß die Löhne mit diesen Steigerungen einigermaßen Schritt halten, soll der Kampf um die Existenz erträglich sein. Daß die Lohnverhältnisse hierorts in unserem Berufe durchaus unbefriedigende sind und mit denen anderer rheinisch-westfälischer Städte keinen Vergleich aushalten, wollen Sie gefälligst aus folgenden Zahlen ersehen, die dem Buche: „Die Lage der Arbeiter der Holzindustrie", von H. Leipart, entnommen sind. Danach betrug der Durchschnittslohn pro Woche im Tischlergewerbe im Jahre 1902:

in Köln	M. 28,60	in Duisburg	M. 23,35
„ Dortmund ...	„ 26,69	„ Elberfeld	„ 23,16
„ Düsseldorf ...	„ 24,54	„ Barmen	„ 23,16
„ Bremen	„ 23,98	„ Hagen	„ 23,02
„ Essen	„ 23,68	„ Bochum	„ 22,12

dagegen in Münster ..... M. 19,60.

Dabei ist besonders zu beachten, daß diese Löhne fast durchweg bei zum Teil erheblich kürzerer Arbeitszeit, als hier üblich, erzielt wurden. Da die Lebenshaltung in den oben angeführten Städten der hiesigen ziemlich gleich kommt, kann es uns gerechterweise wohl nicht verdacht werden, wenn wir bestrebt sind, die hiesigen Lohnverhältnisse etwas aufzubessern.

Nach sorgfältiger Erwägung glauben wir in nachfolgendem Tarifvertrage dasjenige festgelegt zu haben, was geeignet wäre, die Lohnverhältnisse einigermaßen erträglich zu gestalten.

Tarifvertrag.

1. Die tägliche Arbeitszeit ist eine zehnstündige.
2. Der Durchschnittslohn beträgt M 3,80 pro Tag.
3. Es erhält jeder Arbeiter zu seinem bisherigen Lohne 5 pZt. Zulage, wer aber mit diesen 5 pZt. den Durchschnittslohn von M 3,80 nicht erreicht, eine solche von 10 pZt., jedoch mit der Maßgabe, daß der Durchschnittslohn von M 3,80 nicht überschritten wird.
4. Bei Akkordarbeit ist der Stundenlohn zu garantieren, und wird sowohl bei Akkord- wie Lohnarbeit der volle Stundenlohn am Schlusse der Woche ausbezahlt.
5. Die Lohnauszahlung muß am Samstag bis zum Schluß der Arbeitszeit erfolgt sein für alle Arbeiter, einschließlich der im Bau beschäftigten. Etwaiges Warten ist als Arbeitszeit zu bezahlen.
6. Für Ueberstunden ist bis 9 Uhr 10 ₰, für alle weiteren und Sonntagsarbeit 20 ₰ Aufschlag zu zahlen.
7. Wenn Nachtarbeit stattfindet, ist eine Ruhepause von einer Stunde nach Schluß der Tagesarbeit, ohne Lohnabzug zu gewähren und sind die Arbeiter möglichst bis Mittag hiervon zu benachrichtigen.
8. Für Arbeiten in den Bauten innerhalb der Stadt werden pro Stunde 3 ₰ mehr bezahlt.
9. Bei Arbeiten, wo der Weg eine Stunde und mehr von der Werkstatt entfernt ist, ist Fahrgeld und Mittagessen zu entschädigen; wird Uebernachten notwendig, so ist Kost und Logis zu gewähren. Fahrzeit gilt als Arbeitszeit.
10. An den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist zwei Stunden früher Feierabend ohne Lohnabzug.
11. Es findet die gesetzliche 14tägige Kündigungsfrist statt.
12. Maßregelungen aus Anlaß der Durchführung dieses Tarifvertrages dürfen nicht stattfinden.
13. Um ein gedeihliches Nebeneinanderarbeiten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu ermöglichen und zur Beilegung von Streitigkeiten, welche aus Anlaß dieses Vertrages entstehen sollten, wird eine Kommission von zwölf Mitgliedern eingesetzt, und zwar werden diese zur Hälfte von der Tischler-Zwangsinnung und zur Hälfte von den Mitgliedern der oben angeführten Verbände gewählt. Den Vorsitz in dieser Kommission führt der jeweilige Vorsitzende der Tischler-Zwangsinnung und ein von der Kommission der Arbeitnehmer gewähltes Mitglied. Ist in der Kommission eine Einigung über einen Punkt nicht zu erzielen, so soll der Vorsitzende des Gewerbegerichts als Unparteiischer den Vorsitz führen.

Diese vorstehend festgelegten Grundsätze bei der Berechnung der Löhne entsprechen etwa denen, die jetzt schon in mehreren besseren Geschäften üblich sind und wären, wenn sie allgemein anerkannt würden, wohl geeignet, den auch für unser Gewerbe so schädlichen Submissionsauswüchsen erfolgreich die Spitze zu bieten.

Wir ersuchen Sie ergebenst, diese obigen Vorschläge gefälligst prüfen zu wollen und unser Bestreben, unsere Lage zu verbessern, dadurch unterstützen zu wollen, daß Sie diesen Vorschlägen ebenfalls zustimmen und die Löhne in Ihrem Betriebe danach regeln.

Sollten Sie, verehrte Herren, persönliche Unterhandlung und hiermit ausführliche Begründung unserer oben angeführten Forderungen wünschen, so erklären wir uns hierzu jederzeit gern bereit.

Wir bitten höflich, uns auf Vorstehendes recht bald, spätestens aber bis zum 15. Mai dieses Jahres, eine geneigte Antwort zukommen zu lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

J. A.: Die Kommission

für den christlichen Holzarbeiterverband	für den deutschen Holzarbeiterverband
(gez.) Bernhard Holle.	(gez.) Heiko Groenewald.

Die Innung erklärte sich bereit, zu unterhandeln, wenn ein Gesellenausschuß gewählt würde, da sie nur diesen als kompetenten Vertreter der Arbeiter betrachten könne. Um auf friedlichem Wege für die Arbeiter etwas herauszuschlagen, verzichtete die Kommission vorläufig auf Anerkennung der Organsation und erklärte sich mit der Wahl eines Gesellenausschusses einverstanden. Doch wer nun dachte, das Ziel ist erreicht, der mußte bald die Erfahrung machen, daß er einem verhängnisvollen Irrtum zum Opfer gefallen war. Auf die von dem Gesellenausschuß neu eingereichten Forderungen erhielt derselbe zunächst gar keine Antwort, auf persönliches Vorstelligwerden bei dem Obermeister Herrn Möllers lud derselbe den Gesellenausschuß zu einer gemeinsamen Sitzung ein. Dies war am 16. Mai, am 20. sollte die Verhandlung stattfinden. Wann und wo versprach der Herr Obermeister früh genug mitzuteilen. Doch die allein „kompetenten" Vertreter der Gesellenschaft warteten vergebens. Sie waren, wie man hier so sagt, zum „Döttchen" gehalten worden. Dieselben beschlossen nunmehr, bei einzelnen Tischlermeistern vorstellig zu werden, um diese zur Annahme des Tarifes zu bewegen, alles vergebens. Es wurde nunmehr beschlossen, bei den Firmen Rimklake, Nicke, Weinges und Niehues die Kündigung einzureichen, resp. in den Ausstand zu treten. Jetzt geruhten die Herren Meister in Unterhandlungen zu treten, aber sonderbarerweise nicht mit den allein „kompetenten" Vertretern der Arbeiterschaft, sondern mit der Lohnkommission.

Es haben dann zunächst zwei Sitzungen stattgefunden, in denen über diejenigen Punkte des Tarifes, die kein Geld kosteten, schnell eine Einigung erzielt war, während die Hauptpunkte, wie die Lohnerhöhung und der Zuschlag bei Arbeiten in den Bauten, grundsätzlich abgelehnt wurden. Daß hiermit die Vertreter der Arbeiter nicht einverstanden waren, versteht sich von selbst. Es wurde schließlich vereinbart, daß beide Teile eine Generalversammlung ihrer Mitglieder einberufen sollten, deren Beschluß in einer darauf folgenden Sitzung gegenseitig mitzuteilen sei. Diese Sitzung fand nun am 1. Juni im „Zentralhof" statt. Der Beschluß der Arbeitgeber lautete, wie schon mitgeteilt, daß, wenn sich die Arbeiter mit dem ihnen von seiten der Meister Gebotenen nicht zufrieden geben würden, vielmehr an ihrer Forderung festhielten, der Vorstand ermächtigt würde, zu Samstag, den 4. Juni, die allgemeine Kündigung zu proklamieren. Hierauf gaben die Vertreter der Arbeiter die Erklärung ab, daß ein weiteres Verhandeln nutzlos sei, da die organisierten Arbeiter nach wie vor fest entschlossen seien, an den gestellten sehr minimalen Forderungen festzuhalten. Hierauf verließen dieselben das Lokal.

Bemerkt sei noch, daß, um wenigstens etwas für die Arbeiter zu erreichen, oben angeführte Forderung von 10 pZt. fallen gelassen und eine allgemeine Erhöhung des Lohnes von 5 pZt. gefordert wurde.

Die angedrohte Kündigung hat denn nun auch bereits mit einigen Ausnahmen stattgefunden. Auch hier, analog den Bauarbeitern, wurde den Kollegen ein Revers zum unterzeichnen vorgelegt. Es sind somit zirka 400 Tischler ausgesperrt und auf die schwarze Liste gesetzt worden. Selbst die Firma Knecke, Pianofortefabrik, woselbst keinerlei Forderungen gestellt worden, glaubte ihr Solidaritätsgefühl mit den Tischlermeistern und Holzindustriellen dadurch bekunden zu müssen, daß auch sie ihren Arbeitern den Revers vorlegte. Leider haben sich von 68 Arbeitern 26 bereit gefunden, zu unterzeichnen. Dies geschah dort schon am 2. Juni, und ist am darauffolgenden Freitag in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung dies gebührend gekennzeichnet worden. In dieser Versammlung zeigte sich eine frohe Kampfesstimmung. Hoffentlich wird diese, wenn die Kündigung abgelaufen, auch anhalten und mögen die Tischler sich ein Beispiel an den Bauarbeitern nehmen. Tun sie dies, so wird der Sieg nicht lange auf sich warten lassen, denn die Einigkeit unter den Meistern ist jetzt schon im Wanken, wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen. Darum bitten wir, daß

die Kollegen uns dadurch unterstützen, daß sie den Zuzug von Tischlern und Klavierarbeitern von hier streng fern halten.

Zur Bauarbeiter-Aussperrung in Bremerhaven-Geestemünde-Lehe.

Das Unternehmertum schreitet auf der Bahn der Arbeiterentrechtung immer rüstig vorwärts. Zu den 78 bis jetzt ausgesperrten Kollegen, welche sich nicht dazu verstehen konnten, Verräter an der Sache der Ausgesperrten zu werden, sollen weitere kommen. Den scharfmacherischen Brutalitätspolitikern, welche im Arbeitgeberverband organisiert sind, genügt das nicht, sie wollen „tabula rasa" machen, die gesamten Tischler der Unterweserorte sollen ausgesperrt werden, welche sich nicht ihren wahnwitzigen Machtgelüsten fügen wollen. Am 7. Juni, Nachmittags 5 Uhr, hat eine Versammlung des Arbeitgeberverbandes (Branche Tischler) stattgefunden. Das Produkt dieser Versammlung sei hier im Wortlaut wiedergegeben:

Bremerhaven, den 8. Juni 1904.

An die

Herren Tischlermeister und Inhaber von Tischlerei-Betrieben.

Nachdem die Tischlergesellen und einige Werkmeister sich nach wie vor weigerten, die ihnen aufgetragenen Bauarbeiten auszuführen, ist in der am 7. d. Mts. stattgehabten Versammlung der Gruppe „Tischler" des Arbeitgeberverbandes von dem Baugewerbe der einstimmige Beschluß gefaßt, am Sonnabend Vormittag den sämtlichen in Tischlereibetrieben beschäftigten Personen (einschließlich Werkmeister u. s. w.) anliegende Karte zur Unterschrift vorzulegen. Bis Sonnabend Mittag 12 Uhr müssen die unterschriebenen Karten im Bureau Mittelstraße Nr. 4 abgegeben sein. Mit den Karten ist eine Liste derjenigen Personen einzureichen, welche die Unterschrift der Karte verweigert haben. In diese Liste sind auch diejenigen Leute einzutragen, welche schon vorher aufgehört sind, weil sie die Bauarbeit verweigerten.

Es wird dringend gebeten, den gesetzten Termin zur Rücksendung der Karten nicht zu überschreiten, weil dann die schleunige Aufstellung der Streikliste unmöglich wird. Letztere muß aber sofort aufgestellt werden, damit die aufhörenden Leute nicht zuvor bei den Werften eingestellt werden.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehenden Beschluß oder ungenaue Ausführung desselben zieht hohe Ordnungsstrafe nach sich.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe.

J. A.: Stöver, Geschäftsführer.

Die in dem vorstehenden Rundschreiben erwähnte Karte, welche den Tischlern zur Unterschrift vorgelegt werden soll, lautet folgendermaßen:

Ich bin bereit, jede mir von meinem Arbeitgeber zugewiesene Facharbeit auszuführen, und erkenne ferner den für das gesamte Baugewerbe errichteten Arbeitsnachweis als für die Anstellung von Gesellen maßgebend an.

Bremerhaven, Geestemünde, Lehe, den 10. Juni 1904.

....., Tischler.

Mit diesem Beschluß glaubten die Unternehmer eine Bresche ja sogar Uneinigkeit in die Reihen der Holzarbeiter zu schlagen, indem sie die Karten am Sonnabend Morgen vorlegten, um dieselben bereits Mittags 12 Uhr im Bureau des Arbeitgeberverbandes abzuliefern. Die Herren glaubten uns zu überrumpeln, hatten natürlich kein Glück damit, denn schon am Freitag Abend fand eine imposante Versammlung der Holzarbeiter statt, in der unser Gauvorsteher, Kollege Schweida, anwesend war; denn am Donnerstag Abend war das Geistesprodukt schon in unseren Händen, wir hatten also Zeit genug, in aller Ruhe uns die Sache zu überlegen. Ergötzlich war das Gebahren der Unternehmer am Sonnabend Morgen als ihr Geheimnis bereits in unserem Parteiblatt veröffentlicht, die Tischler am Freitag Abend in der Versammlung, die von sämtlichen in Betracht kommenden Kollegen besucht war, erfuhren, daß ihre Ueberrumpelungsversuche uns nicht schadeten. Die Versammlung lehnte nach einem kurzen Referat des Kollegen Schweida und Angeloh, die Zumutung des Arbeitgeberverbandes, die Karte zu unterschreiben, mit Entrüstung ab.

Die Zahl der bis jetzt im unserem Bureau gemeldeten Kollegen beträgt 120, und immer treffen neue Meldungen ein.

Die großen Bauunternehmer schlagen jetzt, entgegen ihren sonstigen Geflogenheiten, eine andere Taktik ein; bis jetzt war von Kündigung bei den Herren keine Rede, aber jetzt. Die einheimischen werden skrupellos auf die Straße geworfen, die Arbeitswilligen aber, die bis jetzt in den gesperrten Betrieben anfingen (es sind bis heute **drei Mann**) sollten 14 Tage kündigen, als aber sich dieselben auf nichts einließen, wurden einfach die Invalidenkarten einbehalten; nur durch Eingreifen der Aussperrungs-Leitung wurden dieselben herausgegeben.

Einige Meister waren so naiv und glaubten, die Tischler würden allein auf das ehrliche Gesicht der Herren die Karte unterschreiben, so meinte u. a. der Tischlermeister und Steinkohlenhändler Ph. Porwell zu seinen vier Gesellen, Ihr könnt die Karte ruhig unterschreiben, deswegen könnt Ihr doch machen was Ihr wollt — o, heilige Einfalt! — aus solchem Munde so etwas zu hören; denn gerade Ph. Porwell ist einer von den Meistern, der, wie schon früher berichtet wurde, bei dem ersten Beschluß des Arbeitgeberverbandes seine sämtlichen Gesellen (damals sieben Kollegen) sofort entließ, nachdem er sah, daß die „großen" ihre Leute behielten, die seinigen aber schnell wiederholte. Wir sehen also, mit weß Geisteskind wir es zu tun haben. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe an der Unterweser, Mittelstraße 4, sucht bereits in verschiedenen **Tischler** Mitteldeutschlands neben Bauhandwerkern auch Zeitungen für die Unterweserorte Bremerhaven-Geestemünde-Lehe. Ich glaube nicht nötig zu haben, besonders darauf hinzuweisen, daß es die vornehmste Aufgabe jedes organisierten Holzarbeiters sein muß, dafür zu sorgen, daß es überall bekannt wird, daß Bremerhaven-Geestemünde und Lehe, also die Unterweserorte, streng zu meiden sind. **W. A.**

Der christliche Holzarbeiterverband

hielt seinen Verbandstag vom 22. bis 24. Mai in Düsseldorf ab. Wir können über denselben nur kurz berichten, da uns nur sehr summarisch gehaltene Berichte vom christlichen „Holzarbeiter" und von den „Mitteilungen" zur Verfügung stehen. Den Geschäftsbericht können wir übergehen, da er nur eine Zusammenfassung der von uns schon veröffentlichten Einnahme- und Ausgabezahlen brachte. Von Interesse ist nur, daß in demselben endlich eine Angabe über die Mitgliederzahl gemacht wurde. Danach betrug die Mitgliederzahl am Schlusse des ersten Quartals 1902 3800, zum gleichen Zeitpunkt dieses Jahres 5100 und gegenwärtig (also Pfingsten d. J.) 5300, das heißt, wohl so in runden Hunderten berechnet.

Eine längere Diskussion fand im Anschluß an den Geschäftsbericht nicht statt.

Das Verbandsstatut wurde in folgenden wesentlichen Punkten verändert:

Die Reiseunterstützung wurde erhöht von ℳ 12 Höchstbetrag auf ℳ 30 nach einjähriger, ℳ 35 nach zweijähriger, ℳ 40 nach dreijähriger und ℳ 45 nach vierjähriger Mitgliedschaft.

Die Arbeitslosenunterstützung erfuhr eine Erhöhung von ℳ 24 Höchstbetrag auf ℳ 30 nach einjähriger, ℳ 35 nach zweijähriger, ℳ 40 nach dreijähriger und ℳ 45 nach vierjähriger Mitgliedschaft, so daß der Höchstbetrag der Reise- und der Arbeitslosenunterstützung also gleichgestellt ist. Ferner wird die Unterstützung vom siebten Tage an gewährt.

Das Sterbegeld ist im neuen Statut wie folgt festgesetzt: Nach einjähriger Mitgliedschaft ℳ 20, nach zweijähriger ℳ 30, nach dreijähriger ℳ 40, nach vierjähriger ℳ 50 und nach zehnjähriger ℳ 75. Außerdem können diejenigen Mitglieder, welche durch Krankheit oder Invalidität dauernd erwerbsunfähig werden, sich durch Zahlung eines Wochenbeitrages pro Monat das Anrecht auf Sterbegeld sichern.

Die Streikunterstützung beträgt nach dem neuen Statut für alle Mitglieder ℳ 2 pro Tag oder ℳ 12 pro Woche; außerdem kann den verheirateten Mitgliedern eine Zulage von pro Kind unter 14 Jahren ℳ 1 bis zu vier Kindern gewährt werden. Auch wird die Streikunterstützung nach Inkrafttreten des neuen Statuts bei allen Streiks vom dritten Tage an gewährt Dagegen wurde für die Berechtigung zum Bezug der vollen Streikunterstützung die Karenzzeit auf 26 bezw. 52 Wochen erhöht.

Der Beitrag beträgt ab 1. Juli dieses Jahres 30 ₰ und die Aufnahmegebühr 50 ₰. Von ersterem verbleiben 5 ₰ den Lokalkassen. Bei Kollegen, die innerhalb der ersten vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verbande beitreten, soll das Aufnahmegeld von den Lokalkassen getragen werden. Unterstützungsberechtigt sind nur Mitglieder, welche nicht mehr als sechs (bisher acht) Wochenbeiträge restieren, vorausgesetzt, daß keine Stundung gewährt ist.

Das neue Statut tritt am 1. Juli dieses Jahres in Kraft mit Ausnahme der Paragraphen über die erhöhten Unterstützungen, die am 1. Juli 1905 Gültigkeit erlangen. Die bisherige Dauer der Mitgliedschaft kommt dann bei Auszahlung der Unterstützung voll und ganz zur Anrechnung.

Ein Antrag Regensburg, bei Gehaltserhöhungen der Verbandsbeamten eine Urabstimmung vorzunehmen, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Das Verbandsorgan soll vorläufig nicht vergrößert werden, doch sollen die Annoncen in Wegfall kommen; der Versammlungsanzeiger soll eingeschränkt und die Abrechnungen sollen in besonderen Beilagen veröffentlicht werden.

In geschlossener Sitzung wurde über die Agitation und Anstellung von Sekretären verhandelt. Verschiedene Auseinandersetzungen wegen des Münchener Sekretariats machten wohl den Ausschluß der Oeffentlichkeit notwendig. Beschlossen wurde, in Bezirken mit mindestens 1000 Mitgliedern Sekretäre anzustellen, wenn der Bezirk selbst einen Teil der Kosten dazu aufbringt.

Die bisherigen Verbandsfunktionäre wurden wiedergewählt.

Im Anschluß an den Verbandstag wurde eine öffentliche Holzarbeiterversammlung abgehalten, wo sämtliche Größen des christlichen Holzarbeiterverbandes im Schweiße ihres Angesichts sich abmühten, unseren Verband tot zu reden. Das geschieht ja seit einem Vierteljahr mit solchem Erfolg, daß unsere Düsseldorfer Filiale seit Anfang des Jahres ihre Mitgliederzahl von 800 auf 1000 erhöhen konnte.

Drei Monate Fabrikarbeiterin.

Nicht von Göhres bekanntem Buche wollen wir sprechen; von einem ähnlichen. Zwei Amerikanerinnen, Frau John van Vorst und Fräulein Marie van Vorst, legten eines schönen Tages die feinen Kleider ab, zogen einen groben wollenen Rock und einen Arbeiterkittel an — und gingen als einfache Arbeiterinnen in die Fabriken. Die eine nach Pittsburg, Perth und Chicago, die andere nach Lyme und Columbia. So glaubten sie am besten die Mittel zu finden, die den arbeitenden Frauen helfen, ihr Los verbessern könnten. Das Buch, in dem sie ihre Erfahrungen erzählten, ist völlig impressionistisch. Der Statistiker wird nichts darin finden; keine Aufstellung der Löhne, der Arbeitszeit, der Lebenskosten. Die beiden Frauen haben sich darauf beschränkt, das Leben der amerikanischen Fabrikarbeiterinnen zu beobachten und uns dies und ihre eigenen Gefühle, die sie während ihrer Arbeitszeit hatten, zu schildern. Ihre Beobachtungen sind doppelt wertvoll: unsere Gegner werden ihnen keine Parteilichkeit vorwerfen können. Sie sind nichts weniger als Genossinnen, das fühlt man auf jeder Seite des Buches. Aber sie stellen die Zustände dar, wie sie wirklich sind, unter dem Eindruck der Leiden, die sie selbst durchkosten mußten.

„Während der ersten drei Wochen meines Fabrikaufenthaltes", schreibt Frau van Vorst, „kamen mir meine Gefährtinnen vor, wie eine ungeheure Sklavenherde, die bis zu ihrem Tode zum Schmutz, zur Häßlichkeit und Ueberanstrengung verdammt waren. Ich litt physisch und moralisch. Meine Glieder waren vor Müdigkeit zerschlagen, mein Herz vor Mitleid zerrissen.

Mein Innerstes empörte sich gegen die ganze Gesellschaft, die, einzig und allein um ihre körperlichen Bedürfnisse zu befriedigen, eine Arbeit verlangt, die den Geist tötet und den Körper zerrüttet. Die Arbeit kam mir vor, wie eines jener fabelhaften Ungeheuer, die alle menschlichen Wesen verschlingen. Jede Entdeckung, die ich in dieser neuen Welt machte, trug zur Verstärkung dieses Eindruckes bei. Schauderhafte Gerüche, die einem die Kehle zuschnüren eine elende Ernährung, ekelhafte Tischabfälle, schmutzige Betten mit stinkenden Decken: alles erregte meinen Abscheu, stieß mich zurück, widerte mich an. Man kann sich nicht vorstellen, was das heißt: neun Stunden dastehen mit einem fürchterlichen Schmerz in der Wirbelsäule, und sich sagen müssen, daß der Zeiger, der so langsam über das Zifferblatt kriecht, die sechste Stunde erreicht haben muß, ehe man das Recht hat, sich auf jenen Stuhl, der da neben einem steht, fallen zu lassen!"

Und Fräulein van Vorst schildert das Treiben in der Schuhfabrik: „Gegen 4 Uhr zündet man das Gas an; doch nicht überall ist das möglich. In unserer Ecke ist kein Hahn; gezwungen, auch im Halbdunkel zu arbeiten, bücken wir uns, bücken wir uns immer tiefer zu unserer Arbeit.

Wenn der Tag zu Ende geht und das trübe Gaslicht die Werkstatt durchzittert, nimmt sie etwas Geheimnisvolles an. Nur noch undeutlich sieht man die einzelnen. Die Silhouetten zerfließen. Schwankend bewegen sich die Gestalten durch das Halbdunkel. Um die Gasflämmchen bildet die dunstige Luft einen Nebelhof . . . Zerschneidend, zerstoßend, pfeifend arbeiten die Maschinen; regelmäßig, allein, unermüdlich, unerbittlich . . . Von Zeit zu Zeit bleibt eine Arbeiterin einige Sekunden stehen und stützt den Kopf in die Hände oder sie reckt sich in die Höhe, ihre müden Glieder ausstreckend. Ein Mann kommt und geht von einer Werkstatt in die andere, und ohne der Unglücklichen Zeit für ihre Schmerzen zu lassen, wirft er die neuen von der Maschine geschnittenen Stücke vor sie.

Wir sind ganz oben hingepfercht, in den fünften Stock unter andere Werkstätten; mindestens 200 Arbeiterinnen. Auf dem Boden liegt Maschinenöl, Lumpen, Kehricht, ein Haufen Abfälle, die nur den Funken erwarten, um in Flammen aufzugehen. Nichtsdestoweniger arbeiten diese Frauen, diese geheimnisvollen Schatten, geradezu fürchterlich darauf los. Gesundheit, Jugend, Lebenslust: alles verzehrt ihre Arbeit. Ich stehe auf; meine Glieder sind zerschlagen, steif und schmerzen mich; nach diesen fünf Stunden ununterbrochener Arbeit tut mir jede Bewegung weh."

Und wie in der Spinnerei die Gesundheit dahinschwindet, erzählt Fräulein van Vorst: „Am entgegengesetzten Ende der Werkstatt sehe ich an einer Strickmaschine die Silhouette eines auffallend schönen Mädchens mit schwarzem Kraushaar. Es ist eine „Neue", sie scheint von weither zu kommen; welch' trauriges Los konnte sie hierherführen? Kurze Zeit nur und sie wird körperlich und seelisch ein Opfer der Fabrik sein. Der Wächter hat sie gleich gesehen: er umflattert sie! Eine Arbeiterin mit frischen Farben! Das genügt, um sie vor ihren bleichen Gefährtinnen auszuzeichnen. Aber die Spinnerei wird es nicht dulden, daß diese Rose lange blüht: bald wird sie verwelken! Ich kann genau voraussagen, wie sie sich verändern wird: ein krankhaftes Gelb wird sich auf ihre Wangen legen und das Rot auf immer verdrängen; rote Wangen gibt es hier nicht; umsonst wird man ein Paar suchen, ein einziges Paar."

Die amerikanischen Großindustriellen sind wie ihre Brüder in Europa; sie sprechen stets von den unzähligen wohltätigen Maßregeln, die sie zu Gunsten der Arbeiter getroffen haben. Und die meisten von ihnen sind sogar der Ansicht, daß man viel zu viel für die Arbeiter tue.

„Wo sollen sie denn die Zeit hernehmen," fragt Fräulein van Vorst, „um etwa die Bibliotheken zu besuchen? Fünf Uhr stehen sie auf; ein Viertel vor sechs sind sie an der Arbeit. Im Winter ist es noch nicht Tag, wenn sie fortgehen, Nacht, wenn sie heimkehren. Im Sommer arbeiten sie noch länger, bis tief in die Nacht hinein. Ich sah sie zu müde, um noch zu essen; nur eins wollen sie: die armen schmerzenden Glieder auf die elenden Betten werfen und schlafen, bis sie die Fabrikpfeife dem Schlummer entreißt."

Noch einmal: Keine Arbeiterinnen sind es, die das schreiben. Zwei Menschen, die dem Elend der Fabrik nur ganz kurze Zeit ins Auge sahen, die nur ganz kurz fühlten, was es heißt, Maschine sein müssen, weniger als Maschine! Wie fürchterlich muß der Schmerz derjenigen erst sein, die zum Bewußtsein ihrer trostlosen Lage gekommen sind, und die einsehen, daß der einzelne ohnmächtig ist, sich dagegen zu wehren, weil auf ihnen mit unerbittlicher, zermalmender Gewalt jenes Ungeheuer lastet, das wir Gesellschaft nennen, „göttliche Ordnung der Dinge"! Sie ist und bleibt doch unsere beste Agitation! („Breslauer Volkswacht".)

Rundschau.

Das Kontraktbruchgesetz, das die preußische Regierung einem Mehrheitsbeschluß der konservativen, nationalliberalen und Zentrumspartei folgend, dem preußischen Abgeordnetenhaus vorgelegt hat, wurde am Mittwoch der vorigen Woche dort zum ersten Male beraten. Wie vorauszusehen war, erklärten sich die Konservativen und Nationalliberalen für den Gesetzentwurf. Sozialpolitische Bedenken gibt es für diese Leutchen nicht, und auch über Verfassungswidrigkeiten setzen sie sich leicht hinweg, wenn eine Rechtlosmachung der Arbeiter zu erreichen ist. Auch der Zentrumsredner stimmte zu, was nach der auch von dieser Seite vor einigen Monaten erhobenen Forderung nach einem solchen Gesetz auch nicht anders zu erwarten war. Allerdings hatte er einige Bedenken vorzubringen — wohl um Herrn Giesberts und seine Anhänger über ihren Reinfall zu trösten —, doch wird das Zentrum mit sich reden lassen. Mit einigen Wenn und Aber hat das Zentrum noch immer aufgewartet, wenn es den Arbeitern an den Kragen ging, um später doch allen reaktionären Anschlägen rückhaltlos zuzustimmen. So wird es auch diesmal gehen.

Ueber die Ausgestaltung der Gewerbeaufsicht hat der württembergische Landtag kürzlich eingehend beraten. Bereits vor drei Jahren hatte die sozialdemokratische Partei Anträge gestellt, die auf ine Verbesserung der Gewerbeaufsicht hinzielten. Dieselben wurden nach einer Generaldiskussion, die im Juni 1901 erfolgte, einer Kommission überwiesen. Diese hat nach dreijähriger Arbeit kürzlich nun den sozialdemokratischen Antrag angenommen, nach welchem die Beamten der Gewerbeaufsicht in dem Maße zu vermehren sind, daß die Revision aller der Aufsicht unterstehenden Betriebe mindestens einmal im Jahre möglich ist, und insbesondere mit der Anstellung von Assistenten aus dem Arbeiterstand fortzufahren sei. Ferner sei eine Neuregelung und Vermehrung der Aufsichtsbezirke in Erwägung zu ziehen.

Bei der Begründung seines Antrages im Plenum führte der als Referent fungierende Abg. Keil aus, daß auch nach Annahme des Vorgeschlagenen auf dem Gebiete der Gewerbeaufsicht noch viel zu tun übrig bleibe. Insbesondere sei es nicht zuviel verlangt, wenn eine jährlich zweimalige Revision gefordert werde. Auch die Anstellung eines Oberinspektors, welcher der Gewerbe-Inspektion Ziel und Richtung gebe, sei wünschenswert, doch lege er darauf nicht so viel Gewicht, um ihm zuliebe das Ganze fallen zu lassen. Entschieden bekämpft müsse jedoch der Vorschlag des Zentrums werden, welches bei der Anstellung von Assistenten aus dem Arbeiterstand auch den Unternehmern ein Vorschlagsrecht einräumen wolle. Lieber habe er den ursprünglich vertretenen Standpunkt, daß den Arbeiterorganisationen ein solches Vorschlagsrecht einzuräumen sei, verlassen, als diesem Zentrumswunsch entgegenzukommen.

Nachdem Redner verschiedener Parteien sich für den Kommissionsantrag ausgesprochen hatten, erklärte auch Minister Pischek sein Einverständnis. Er teilte dabei mit, daß in den nächsten Etat ein weiterer Inspektor und ein Gehülfe eingestellt werden soll. Durch eine zweckentsprechende Teilung der bestehenden Bezirke soll ein vierter Bezirk geschaffen und die Anstellung eines ärztlichen Beamten in Erwägung gezogen werden.

Von der weiteren Debatte ist bemerkenswert, was Abg. Keil über das Vertrauen sprach, welches die Gewerbe-Inspektoren nach den Wünschen der bürgerlichen Parteien auch bei den Unternehmern genießen sollen. Wie soll sich, so führte er aus, der Inspektor Vertrauen erwerben bei Unternehmern, die er gerichtlich verfolgen lassen muß, weil sie ihn grob beleidigten? Ebenso ist es eine Phrase, wenn davon gesprochen wird, daß die Gewerbe-Inspektoren im Sinne des sozialen Friedens wirken sollen. Die soziale Zerklüftung ist eine Folge des Klassengegensatzes und kann nur mit der Beseitigung der Klassenunterschiede verschwinden. Am Klassenkampf sollen aber die Gewerbe-Inspektoren nicht teilnehmen, sie sollen einfach den Arbeiterschutz pflegen ohne jeden Nebenzweck.

Schließlich wurden die auf eine Vermehrung des Gewerbeaufsichtspersonals gerichteten Anträge der Kommission angenommen. Abgelehnt wurden dagegen die auf Zuziehung von Aerzten zur Gewerbe-Inspektion gerichteten Anträge. Dieser letztere Beschluß ist lediglich der kleinlichen Rivalität der Parteien zuzuschreiben.

Im Anschluß hieran beschäftigte sich der Landtag noch mit einem sozialdemokratischen Antrag, betr. Errichtung von Arbeiterkammern. Wir kommen darauf noch zurück.

Die Gewerbe-Inspektion in Württemberg nimmt wohl zur Zeit unter den deutschen Gewerbeaufsichtsbehörden den ersten Platz ein. Sie hat sich in den letzten Jahren stets der wünschenswerten Objektivität auch gegen die Arbeiter befleißigt, vorbildlich war auch ihr Eifer, mit dem sie der Aufsichtstätigkeit oblag. Die Anstellung einer weiblichen Hülfskraft, die in Württemberg mit zuerst in Deutschland erfolgte, hat zur weiteren Förderung dieses Instituts beigetragen. Und im letzten Jahre ist wiederum ein Schritt weitergegangen worden in dem Ausbau der württembergischen Gewerbeaufsicht, indem neben einer weiteren weiblichen Hülfskraft drei dem Arbeiterstande angehörige Gehülfen angestellt wurden. Diese Anstellung ist erst im Dezember erfolgt, so daß die neuen Beamten, welche zunächst einen sechswöchigen Instruktionskursus unter Leitung des Vorstehers für den dritten Bezirk, Herrn Hardegg, absolvierten, noch nicht recht in Funktion getreten sind. Sie haben nur in Begleitung ihres Lehrers einige Inspektionen vorgenommen und durch verständnisvolles Erfassen der dienstlichen Aufgaben dessen Zufriedenheit erworben. Er verkennt in seinem Bericht aber nicht, daß sie einen schweren Stand haben werden, da sie insbesondere berufen sind, neben der Ueberwachung der Vorschriften des Kinderschutzgesetzes die Einhaltung der auf Grund des § 120 e der Gewerbeordnung erlassenen Bundesratsvorschriften zu kontrollieren.

Unseres Wissens ist damit zum ersten Male in Deutschland einer alten Forderung der Arbeiterschaft — Ueberwachung der Gewerbebetriebe durch Gewerbe-Inspektoren aus dem Arbeiterstande — Rechnung getragen worden.

Die Berichte der württembergischen Gewerbe-Inspektoren werden übrigens seit einigen Jahren den Vorständen der Gewerkschaften unentgeltlich zugestellt und bieten diesen ein schätzbares Material zur Vertiefung ihrer Kenntnisse auf sozialpolitischem Gebiete.

Wer muß die Steuern der Kapitalisten zahlen? Am Montag, den 30. Mai, wurde in der mechanischen Schuhfabrik der Firma Gebrüder von der Heide in Camen folgende Bekanntmachung angeheftet:

„Wegen der zu hohen Belastung der Kopfsteuer sehen wir uns veranlaßt, die Löhne sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu reduzieren, welches pro Mann ohne der zustehenden Gewerbesteuer zirka M 0,12 pro Woche beträgt.

Die Lohnkürzung tritt nach vierzehn Tagen in Kraft."

Camen, 30. Mai 1904.

Eines deutlicheren Beweises dafür, daß die Kapitalisten ihre auf sie fallenden Steuern auf die Arbeiter abwälzen, wie diese Bekanntmachung, bedarf es nicht. Ist schon das System der indirekten Steuern zu dem Zwecke erfunden, die Lasten des Staatswesens von den Besitzenden auf die Nichtbesitzenden abzuwälzen, so erlaubt die Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten diesem noch die Abwälzung direkter Steuern in der vorerwähnten oder in ähnlicher Weise. In Betracht kommen zirka 100 Arbeiter und Arbeiterinnen, wovon nur sieben Mann im Verein deutscher Schuhmacher organisiert sind.

Der bestgenährte und intelligenteste Arbeiter ist der billigste. Für die Richtigkeit dieser Behauptung bietet Abgeordneter Gothein in der im Verlage der „Hilfe" erschienenen Broschüre über „Sozialismus und Liberalismus" ein neues Beispiel. „Ein großer englischer Unternehmer, der in allen Erdteilen Bauten ausgeführt hat, bezeichnet es als Resultat seiner Erfahrungen, daß man in denjenigen Gegenden, wo die Löhne am höchsten sind, am billigsten arbeite. Ich selbst habe auch in meinem praktischen Beruf dieselbe Erfahrung gemacht in dem niederschlesischen Bergrevier, wo eine durch chronische Notstände degenerierte Bevölkerung existiert. Als dort große Fabriken eilig gebaut werden mußten, hatte man als Maurer und Steinträger neben solchen aus dortiger Gegend auch Arbeiter aus Breslau und Berlin zugezogen. Da stellte sich heraus, daß der dortige Arbeiter M 2,30 verdiente, der Breslauer M 3,50 und der Berliner M 5—6 und mehr. Trotzdem aber arbeitete der Berliner Arbeiter am billigsten. Wenn Sie auf einmal dem niederschlesischen Arbeiter M 5 geben wollten, würde er natürlich nicht das leisten können, was der Berliner leisten kann. Der letztere ist eben durch Generationen hindurch besser genährt."

Die Zahl der eingetragenen Genossenschaften betrug im Deutschen Reich zu Anfang des Jahres 1904, nach der „Statist. Korr.", 22 131 mit 3 208 324 Mitgliedern. Unter ihnen hatten 16 398 mit 1 744 368 Mitgliedern unbeschränkte Haftpflicht, 152 mit 23 939 Mitgliedern unbeschränkte Nachschußpflicht, und 6581 mit 1 440 017 Mitgliedern beschränkte Haftpflicht. Nach dem Gegenstande des Unternehmens befanden sich unter der Gesamtzahl 13 688 Kreditgenossenschaften, 2996 landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften, 1741 Konsumvereine, 1503 landwirtschaftliche Rohstoffgenossenschaften, 589 Wohnungsgenossenschaften, 285 landwirtschaftliche Werkgenossenschaften, 218 landwirtschaftliche Magazingenossenschaften, 177 gewerbliche Produktivgenossenschaften, 166 gewerbliche Werkgenossenschaften, 158 Zuchtgenossenschaften, 115 gewerbliche Rohstoff- und Magazingenossenschaften, 59 Wareneinkaufsvereine, 58 gewerbliche Magazingenossenschaften und 258 sonstige Genossenschaften. Unter letzteren befanden sich 81 Siedelungsgenossenschaften mit 3649 Genossen, darunter allein 13 polnische mit 2808 Genossen. In diesen Zahlenangaben sind die Zentral- (Haupt-) Genossenschaften nicht mit inbegriffen. Von solchen gab es noch 59 Zentral-Kreditgenossenschaften, 28 Hauptgenossenschaften für Rohstoffvereine, 21 Hauptgenossenschaften für den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse, 1 solche für Wareneinkaufsvereine, 1 für Viehverwertung, 1 für Spiritusverwertung und 2 für den An- und Verkauf landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte.

Die Wohnungsdichtigkeit in Deutschland. Für die bei der letzten Volkszählung ermittelten 56 Millionen Einwohner waren etwa 6 319 000 Wohngebäude vorhanden. Jedes Wohngebäude beherbergt also im Durchschnitt annähernd 9 Personen. Hamburg hat für seine 768 000 Bewohner nicht so viele Wohnhäuser als das Herzogtum Braunschweig für seine 464 000; oder wenn man zwei Staaten ohne Großstädte vergleichen will, so zählt Sachsen-Koburg mehr Wohngebäude als Sachsen-Meiningen, obwohl letzteres mehr Einwohner hat als ersteres. Auf ganze Hundert abgerundet, verteilen sich die 6 319 000 Wohnhäuser auf die einzelnen Bundesstaaten wie folgt: Preußen 3 603 200 (auf jedes Wohngebäude kommen etwa 9,8 Personen), Bayern 645 600 (7,3), Sachsen 359 600 (11,7), Württemberg 311 800 (6,9), Elsaß-Lothringen 265 600 (6,4), Baden 244 800 (7,6), Hessen 155 000 (7,2), Mecklenburg-Schwerin 70 900 (8,5), Oldenburg 60 500 (6,6), Sachsen-Weimar 52 900 (6,8), Braunschweig 48 100 (9,6), Hamburg 42 100 (18,2), Anhalt 37 000 (8,5), Sachsen-Koburg-Gotha 32 500 (7), Sachsen-Meiningen 32 300 (7,7), Bremen 28 800 (7,8), Sachsen-Altenburg 23 700 (8,2), Lippe-Detmold 19 900 (7), Reuß j. L. 14 100 (9,8), Schwarzburg-Rudolstadt 13 200 (7), Schwarzburg-Sondershausen 12 500 (6,4), Lübeck 11 400 (8,5), Mecklenburg-Strelitz 10 900 (9,4), Waldeck 9100 (6,3), Reuß ä. L. 6900 (9,8), Schaumburg-Lippe 6200 (6,9). Der Hamburger Staat hat also die am stärksten besetzten Wohnhäuser; dann folgen in weitem Abstande Sachsen, Preußen und die beiden Reuß. Ueber dem Durchschnitt stehen ferner noch Braunschweig und Mecklenburg-Strelitz. Alle übrigen Staaten wie auch das Reichsland bleiben unter der Normale. Das Fürstentum Waldeck kann den Ruhm beanspruchen, verhältnismäßig die meisten Wohngebäude zu haben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Verbandstag in Leipzig hat beschlossen, einen weiteren Sekretär als besoldetes Mitglied des Verbandsvorstandes anzustellen, welche Stelle hiermit zur Bewerbung ausgeschrieben wird.

Der Sekretär soll in der Hauptsache die Aufgabe haben, bei Lohnbewegungen in den Zahlstellen persönlich einzugreifen. Als Bewerber können deshalb nur Kollegen in Frage kommen, welche auf diesem Gebiete weitreichende, praktische Erfahrungen besitzen. Außerdem wird durchaus tüchtiges Talent und Gewandtheit als Redner verlangt.

Das Gehalt beträgt im Anfang M. 2040 pro Jahr, es steigt nach jedem am 1. Juni vollendeten Dienstjahr um M. 60 pro Jahr bis zum Höchstgehalt von M. 2400. Die Wahl erfolgt durch den Vorstand und Ausschuß gemeinsam und ist als Antrittstermin der 1. Oktober d. J. spätestens in Aussicht genommen.

Verbandsmitglieder, welche die verlangte Befähigung für den Posten zu besitzen glauben, wollen bis zum **15. Juli** ihre Bewerbung mit einem Bericht über die Zeitdauer und Art ihrer Tätigkeit im Verband beim Vorstand einreichen.

In der kommenden Woche gelangen die Abrechnungsformulare für das zweite Quartal zum Versand, zugleich die am 1. Juli in Kraft tretenden neuen Statuten. Auf das Begleitzirkular machen wir besonders aufmerksam.

Für das zweite Quartal ist erstmals der Bericht über die Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Verbandes an das Kaiserliche Statistische Amt zu liefern. Die Zahlstellen erhalten zu diesem Zweck mit vorstehender Sendung eine mit den entsprechenden Rubriken versehene Postkarte, welche ausgefüllt spätestens am 4. Juli an den Vorstand eingesendet werden muß. Wir bitten, diesen Termin bestimmt einzuhalten.

Von dem neuen Statut erhalten die Zahlstellen nur soviel Exemplare, als sie zur Verteilung an die Verwaltungsmitglieder und Vertrauensleute benötigen. Von der Ausgabe an sämtliche Mitglieder glaubten wir absehen zu können in anbetracht der verhältnismäßig geringfügigen Aenderungen des Statuts. Auf Wunsch steht jedoch jedem Mitglied ein Statut zur Verfügung.

Nach Inkrafttreten des neuen Statuts am 1. Juli gelangen sämtliche Unterstützungen ungekürzt, d. h. ohne Abzug des Wochenbeitrags, zur Auszahlung, worauf wir die Zahlstellenkassierer, sowie alle Mitglieder hierdurch im voraus aufmerksam machen.

Die Bestellungen auf das Protokoll vom Verbandstag in Leipzig bitten wir möglichst zu beschleunigen, damit der Versand nicht verzögert wird. Mit demselben wird in kommender Woche begonnen werden.

Den Zahlstellen Augsburg, Kaufbeuren und Swinemünde wird hierdurch die Genehmigung erteilt, ab 1. Juli d. J. einen Lokalbeitrag, und zwar Augsburg und Swinemünde 5 ₰ pro Woche, Kaufbeuren 10 ₰ pro Monat, neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Nachstehende als verloren gemeldete Mitgliedsbücher werden hiermit für ungültig erklärt:

41301 Wilhelm Biermann, Holzarbeiter, geb. 9. 11. 64 zu Idensen.
44781 Bruno Wittkowski, Tischler, geb. 27. 5. 70 zu Breslau.
54254 Wilhelm Köster, Tischler, geb. 25. 4. 75 zu Niederlistingen.
60840 Heinrich Hamel, Tischler, geb. 19. 11. 76 zu Lübeck.
61705 Hugo Bretschneider, Polierer, geb. 18. 1. 72 zu Bannewitz.
68697 Hermann Logemann, Tischler, geb. 28. 10. 82 zu Grupenbühren.
86007 Karl Werner, Stuhlbauer, geb. 19. 9. 68 zu Lautenberg.
89995 Emil Eckel, Tischler, geb. 1. 9. 65 zu Ellingshausen.
90189 Johann Nestor, Schreiner, geb. 19. 10. 79 zu Aixheim.
112846 Boje Peters, Modelltischler, geb. 18. 8. 75 zu Totenbüll.
119412 August Kießling, Tischler, geb. 26. 10. 83 zu Genschmar.
127656 Bernhard Döring, Tischler, geb. 14. 11. 74 zu Raboldshausen.
130869 Albert Kretschmer, Tischler, geb. 4. 12. 74 zu Berlin.
137035 Julius Ast, Tischler, geb. 21. 7. 72 zu Garben i. Schl.
164286 Max Mesow, Tischler, geb. 13. 3. 83 zu Pasewalk.
201863 Hermann Husmann, Tischler, geb. 23. 3. 86 zu Bockhorn.

Stuttgart, den 11. Juni 1904.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung des Ausschusses.

Die Zahlstelle Berlin hat zu Mitgliedern des Ausschusses gewählt: Arendt, Döhling, Exner, Hoffmann, Nonin, Nätebusch, Richter, Renau und Schmidt. Zum Vorsitzenden wählte der Ausschuß den Kollegen Robert Schmidt. Es sind somit alle Zuschriften, die den Ausschuß betreffen, an den Vorsitzenden **Robert Schmidt**, Berlin, SO. 26, Naunynstraße 40, zu richten.

Sterbetafel.

Andreas Kowalewski, geb. 25. 11. 77 zu Murzynowo, gest. 26. 5. 04 zu Gnesen.

Ignatz Grzeskiewicz, geb. 30. 7. 65 zu Zerkowo, gest. 1. 6. 04 zu Posen.

Franz Lehmann, geb. zu Piesnig i. B., gest. 3. 6. 04 zu Gr.-Schönau.

Franz Maier, Schreiner, geb. 17. 6. 61, gest. 9. 6. 04 zu München.

Bruno Börner, Hülfsarbeiter, geb. 24. 12. 82 zu Spechtritz, gest. 4. 6. 04 zu Rabenau.

August Adam, Tischler geb. 21. 10. 75 zu Liegnitz, gest. 1. 6. 04 zu Cassel.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben.)

Augsburg. Am 15. Mai sprach hier in einer öffentlichen Wagnerversammlung Kollege Engelhardt aus München über: „Verkürzung der Arbeitszeit und Minimallohn". Eingehend erläuterte der Referent die Notwendigkeit einer kürzeren Arbeitszeit. Umsomehr sei eine solche gerade bei den Wagnern nötig, als gerade im Wagnergewerbe ganz bedeutende geistige und körperliche Anforderungen gestellt werden. Ebenso notwendig ist es aber auch, eine Erhöhung

der Löhne vorzunehmen, vor allem aber die Festsetzung eines Mindestlohnes, damit der Lohndrückerei ein Ende gemacht werde. In den meisten Städten und Zahlstellen wird der Versuch gemacht, bessere Verhältnisse in unserem Gewerbe zu schaffen, auch die Augsburger Kollegen müssen einen Schritt nach vorwärts machen und zum mindesten dafür eintreten, daß die zehnstündige Arbeitszeit durchgeführt wird. Redner appellierte an die Kollegen, unerschrocken ans Werk zu gehen und, soweit das noch nicht geschehen, sich der Organisation anzuschließen. In der folgenden Diskussion pflichteten die Redner den Ausführungen des Referenten bei. Eine Menge krasser Mißstände in einzelnen Werkstätten wurden ans Licht gebracht und einer eingehenden Kritik unterzogen und zum Schluß eine Resolution im Sinne des Referats angenommen.

Bautzen. Bei der Firma Töpper, Bautzner Möbelfabrik, waren im Mai Differenzen ausgebrochen zwischen Tischlern und Arbeitgeber, dieselben wurden nach mehreren Auseinandersetzungen (auch mit dem Gauvorstand) zu Gunsten der Tischler geregelt. Es wurden erzielt: durchschnittlich 8 pZt. Lohnerhöhung, Bezahlung der Ueberstunden mit 5 ₰ mehr, Stundenlohn bis 35 ₰ (früher 30 ₰), zehnstündige Arbeitszeit, Aushängung eines Tarifs, bei neuen Arbeiten Verdienst im Wochenlohn. Zwei Wochen später, nach Aushängung des Tarifs, stellte sich darin eine Radierung heraus. Auf das wiederholte Vorstelligwerden einzelner Kommissionsmitglieder wurde versichert, daß bei der Durchberatung ein Fehler gemacht worden sei, früher hätte es nicht so viel gegeben (es war aber tatsächlich ein Abzug gemacht worden.) Wir berichteten dem Gauvorstand. Zufällig lebten die Maschinenarbeiter auf Kriegsfuß. Sie sollten Ueberstunden machen, verlangten aber 5 ₰ mehr. 2 ₰ wurden bewilligt. Nun machten die Organisierten keine Ueberstunden, leider nur sechs Mann, denselben sollte gekündigt werden, die anderen blieben stehen. Die stehen Gebliebenen erhielten 5 ₰ mehr pro Stunde. Die Tischler erklärten sich in der Werkstättenversammlung solidarisch mit den Maschinenarbeitern. Der Gauvorstand wurde vorstellig, es wurde wieder Einigkeit erzielt. Die „Radiererei" wurde geregelt und die Maschinenarbeiter erhielten 5 ₰ mehr pro Ueberstunde, die Kündigungen wurden zurückgenommen. Zugleich wurde von der Kommission bemerkt, daß der Inhaber der Firma immer von den unterstellten Werkmeistern, davon ein Gewerkvereinler, falsch unterrichtet wird. Hier kann man sehen, was es ausmacht, wenn eine starke Organisation unter den Kollegen herrscht. Herrn Töpper würden wir in Zukunft empfehlen, seine Versprechungen aufrecht zu erhalten.

Berlin. Eine Branchenversammlung der Drechsler beschäftigte sich mit einem Eingesandt in Nr. 15 der „Holzarbeiter-Zeitung", das den Kollegen Bünte zum Verfasser hat. Die Versammlung erachtet die in demselben an der Branchenkommission geübte Kritik als zu weitgehend. Die Angaben über die Verhältnisse des Berliner Drechslergewerbes träfen vielfach nicht zu. Die Versammlung sprach den Wunsch aus, solche Eingesandts nicht mit dem Stempel der Organisation zu versehen und auch keine Aufnahme in der Zeitung zu gewähren. Der Kommission wurde ein Vertrauensvotum ausgestellt. Eine Resolution, in der diese Meinung der Versammlung zum Ausdruck kommt, wurde mit 50 gegen 29 Stimmen angenommen.

Eilenburg. Nachdem durch die hiesigen Meister alle Verhandlungen abgebrochen worden sind, versuchen sie auf alle mögliche Art und Weise fremde Tischler heranzuziehen, was ihnen trotz Inanspruchnahme von den Herbergen zur Heimat und anderen Instituten bis jetzt nicht gelungen ist, und wenn sie mal einen haben, ist große Freude, aber wie schnell sie wieder fort sind, zeigt folgender Fall. Nachdem Herr Rich. Kontther jun. einen Arbeitswilligen in Leipzig erwischt hatte, erklärte letzterer andern Tags nach Begrüßung auf dem Bahnhof in Eilenburg Herrn Kontther, daß es die größte Schande sei, Streikbrecher zu werden, und ließ ihn verdutzt stehen, doch konnte er seine an Kontther in Leipzig abgelieferten Papiere nicht wieder erlangen, da auch die hiesige Polizei sich auf den Standpunkt stellte, daß er 14 Tage arbeiten muß. Na, er wird's nicht machen, und es wird auch gehen trotz Polizei und Unternehmer. Daß die Meister im Druck sind, zeigt folgende Karte, welche der Verwaltung von einer Herberge zur Heimat zugestellt wurde:

Eilenburg, den 3. Juni 1904.

Senden Sie uns bitte fremde Tischlergesellen auf fournierte Möbel für dauernde Stellung. Reisegeld wird nach drei Monaten vergütet. Besten Dank

Müller & Rentsch.

Da die betreffende Firma mit zu denen gehört, welche die Forderungen der Gesellen am hartnäckigsten bekämpfen, warnen wir vor Annahme von Arbeit, denn die hiesigen Unternehmer versuchen, alle unsere in anderen Stellungen befindlichen Kollegen herauszubringen. Deshalb muß die Losung für alle reisenden Tischler sein: Kein Kollege nach Eilenburg.

Frankfurt a. M. Ein öffentliche Parkettlegerversammlung beschäftigte sich hier mit Tarifgemeinschaften. In dem einleitenden Referat wurde die Arbeitsteilung, der Arbeitsvertrag und die Arbeiterbewegung mitbehandelt. Die Meinung der Versammelten ging dahin, daß die Tarifkommission in München wohl die Vorarbeiten für einen einheitlichen Tarif getroffen habe, daß aber, um völlige Klarheit in dieser Frage zu schaffen, eine Parkettlegerkonferenz, welche eventuell in Frankfurt a. M. oder Hannover abgehalten werden könne, erforderlich sei. Ob jetzt schon ein einheitlicher Tarif für ganz Deutschland durchführbar ist, muß mindestens angezweifelt werden, indessen sei dies für bestimmte Bezirke oder Provinzen schon möglich. Jedenfalls ist es ein dringendes Erfordernis, daß gerade in der Parkettlegerbranche mehr als bisher dem Indifferentismus zuleibe gegangen wird, dann würde man auch einem einheitlichen Tarif ein gut Stück näherkommen. Auch bezüglich der Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises sei eine Aussprache erforderlich. Was in diesem Falle die Reisekosten anbelangt, dürften diese von dem Arbeiter suchenden Unternehmer zu tragen sein. Einen Krebsschaden in der Parkettlegerbranche bilde auch das System der sogenannten Zwischenmeister, gegen welches mehr angekämpft werden müsse. Würden in allen Orten, wo Parkettleger beschäftigt sind, die jetzigen Zustände und die Wege zur Besserung besprochen, dann könnte eine Konferenz im Juli d. J. schon möglich sein. Zum Schluß fand eine Resolution Annahme dahingehend, daß dem Bestreben der Unternehmer, die Arbeiten zu jedem beliebigen Preise an die Arbeiter abzugeben, energisch begegnet werden muß, und dazu sei eine gute Organisation erforderlich; letztere zu schaffen, erbietet jeder Anwesende seine Mithülfe. Die Regelung der Tarif- und Arbeitsnachweisfrage sei Aufgabe der Konferenz, die Kosten für letztere übernimmt die Verbandskasse.

Glogau. Als Spezialität am hiesigen Orte darf gelten eine oft ganz unzulängliche Entlohnung unserer Kollegen und eine geradezu sträfliche Gleichgültigkeit seitens derselben gegen die Organisation. Wie es unter solchen Umständen nicht anders zu erwarten ist, glaubt mancher Arbeitgeber, seinen Gesellen alles bieten zu können. Am 2. Juni beglückte der Inhaber der Firma Julius Hoffmann seine Tischler mit einem so horrenden Lohnabzug, daß diese es vorzogen, die Arbeit zu verlassen. Am Sonnabend darauf fand in der Stadtbrauerei eine Holzarbeiterversammlung statt. Zunächst sprach Kollege Bergmann aus Breslau über das Thema: „Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter und die Notwendigkeit der Organisation." Die Anwesenden zollten den trefflichen Ausführungen des Redners lauten Beifall, und es ließen sich sieben Kollegen in den Verband aufnehmen. Hierauf beschäftigte sich die Versammlung mit dem Verhalten des Herrn Hoffmann, und wurde von sämtlichen Rednern betont, daß es unmöglich ist, für den niedrigen Preis die Arbeit zu liefern. Es gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, welche es den Kollegen zur Pflicht macht, bei der Firma Hoffmann, über welche die Sperre verhängt ist, nicht in Arbeit zu treten. Der Gesellenausschuß wurde beauftragt, bei der Innung eine gleichmäßige Regelung der Arbeitszeit zu beantragen. Mögen die Kollegen aus vorstehendem die Lehre ziehen, daß es unbedingt nötig ist, sich zu organisieren, um zu verhüten, daß ihre Lebenslage noch weiter verschlechtert wird. Es beginnt hier eine günstigere Konjunktur. Darum auf zur Agitation für den Verband, damit wir dieselbe ausnützen können.

Hamburg. Die Parkettleger beschäftigten sich am 2. Juni mit der „Statistik der Parkettleger Deutschlands". Kollege König hatte es übernommen, an der Hand der Broschüre den Kollegen die Lage der Parkettleger Deutschlands zu schildern. Mit sichtbarem Interesse folgten die Kollegen dem Vortrage. Redner ging zum Schluß auf den Wert von Tarifverträgen für die Parkettleger über, und waren die Kollegen der Meinung, daß es notwendig sei, auch für Hamburg eine tarifliche Vereinbarung mit den Arbeitgebern zu treffen. Zu diesem Zweck wurde dann eine Kommission gewählt, die die nötigen Vorarbeiten erledigen sollen. Von der Versammlung wurde der Münchener Kommission Anerkennung für ihre mühevolle Arbeit ausgedrückt und die Hoffnung ausgesprochen, daß durch diese Bewegung es gelingen möge, die Parkettleger für den Wert der Organisation zu gewinnen. Der Obmann ersuchte die Kollegen, immer so auf dem Posten zu sein, dann werden auch für die Parkettleger Hamburgs eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreicht werden.

Hamburg (Stockdrechsler). Herr Werneke hatte einen bei ihm beschäftigten Drechsler wegen angeblicher Agitation entlassen. Die Mitarbeiter desselben forderten die Wiedereinstellung und für zwei Kollegen eine Lohnerhöhung. Beides gestand Herr W. zu, entließ aber den Kollegen wieder nach zehn Tagen. Auch die zugebilligte Lohnerhöhung von *M* 2,50 pro Woche für zwei Mann erklärte er, nicht zahlen zu können, weil das Geschäft so viel nicht einbringe. Eine Versammlung, die sich mit der Angelegenheit beschäftigte, forderte von den Kollegen, auf strikte Durchführung der Vereinbarungen zu halten. Aus den übrigen Werkstätten lagen kleinere Angelegenheiten vor, so bei Moses und Grote, welche aber leicht erledigt wurden. Bei Herrn Holz wurde geklagt, daß von 23 nur 16 Kollegen organisiert sind, wo sie doch bei Einführung der neunstündigen Arbeitszeit alle Mann dem Verbande angehörten. Es wurde gewünscht, daß die sieben Kollegen wieder dem Verbande zugeführt werden. Ein ganz besonderes Schmerzenskind ist die Werkstatt von Herrn Bening. Dort werden fortwährend Kollegen unter den schönsten Versprechungen hierher gelockt. Lebensstellungen, sehr guter Verdienst und noch mehr wird versprochen, aber sind welche darauf hineingefallen, so machen sie recht bald lange Gesichter, denn ergeben sie sich nicht ganz willenlos, so folgt Entlassung, und die Kollegen sind hierher gelockt und haben keine Arbeit. Auf solche Art haben wir jetzt schon ein Ueberangebot von Arbeitskräften hier am Platze, und die Kollegen kennen doch die Folgen davon. Die Versammlung macht die auswärtigen Kollegen darauf aufmerksam, nicht den Lockungen des Herrn Bening oder seines Werkführers Welsberg, der auch ein sehr gutes Redetalent besitzt, oder des zweiten Meisters Kihren, welcher auch recht freundlich tun kann, zu folgen, sondern sich erst bei der Organisation hier am Orte zu erkundigen. Da werden die Kollegen am besten erfahren, wie die Verhältnisse hier sind, auf keinen Fall sind sie so rosig, wie sie den Kollegen angepriesen werden.

Magdeburg. In letzter Nummer unserer „Holzarbeiter-Zeitung" hatten wir in dem Berichte über den Stand des Streiks in der hiesigen Dampftischlerei und Parkettfußbodenfabrik von W. Dittmar unserem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß die Bemühungen dieses Herrn, aus Anlaß des ihn betroffenen Malheurs einen „Antistreikverein" zu gründen, bisher so wenig von Erfolg gekrönt gewesen sind. Jetzt hat auch ihm noch das Glück gelächelt und er hat am 7. Juni einen Verein zu stande gebracht, der sich seinesgleichen, wenigstens den Worten nach, nicht zu schämen braucht und dessen Satzungen im unverfälschtesten Scharfmacherrotwälsch folgendermaßen lauten:

„Der Verband bezweckt die Herbeiführung dauernd friedlicher Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Berücksichtigung berechtigter und Abwehr unberechtigter Forderungen und ungesetzlicher Uebergriffe, insbesondere der Streiks der Arbeitnehmer und ihrer Vereinigungen. (Für die Herren sind also die Streiks der Arbeiter „ungesetzliche Uebergriffe". D. Red.) Alle anderen Zwecke sind ausgeschlossen. Als Mittel zur Erreichung des Verbandszwecks sollen dienen:

1. Die Beihülfe zur Durchführung und Vervollständigung der Gesetze, die zum Schutz und zum Wohle der Arbeitnehmer erlassen sind. Die Unterstützung gemeinnütziger Bestrebungen für das Wohl der Arbeitnehmer.

2. Die Vereinbarung: a) keine im Streik oder in der Aussperrung befindliche Arbeitnehmer anderer anzunehmen; b) für den Fall des Ausbruchs eines partiellen Streiks durch Einsichtnahme in die Lohnbücher der betreffenden Arbeitgeber und sonstwie die Gründe des Streiks, sowie die Schuld oder Schuldlosigkeit der Arbeitgeber an dem Streik festzustellen; c) bei Ermittlung des Bestrebens der Arbeitnehmer, durch unberechtigte Forderungen und Uebergriffe die Beschlüsse des Verbandes zu durchbrechen, offiziell den Ausbruch des Streiks in den betreffenden Geschäften zu verkünden und unverzüglich vermittelnd einzugreifen, unter Benutzung des angesammelten Betriebsfonds; d) vom Zeitpunkt der Verkündigung des allgemeinen Streikausbruchs ab bis zu dessen Beendigung, während welcher Zeit von den Geschäftsinhabern Arbeitnehmer direkt nicht angestellt werden dürfen, sondern bei Nachfrage an den Verbandsvorstand zu verweisen sind, diese Arbeitnehmer anzunehmen und den vom Streik betroffenen Geschäften nach Verhältnis und Bedürfnis zu überweisen.

3. Die Verpflichtung der Verbandsmitglieder: a) keine Arbeiten zu übernehmen, die bereits von einem andern Arbeitgeber in Angriff genommen waren, deren Fertigstellung aber durch den Ausbruch des Streiks verhindert worden ist; b) sich für den Fall, daß ein partieller Streik nicht innerhalb 14 Tagen nach dem Ausbruch beendet und auch die schleunige Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Streikenden nicht mit Sicherheit zu erwarten sein sollte, in einer sofort durch den Vorstand einzuberufenden Verbandsversammlung für solidarisch zu erklären, geeignete Maßnahmen zu beschließen, erforderlichenfalls die Arbeit in sämtlichen Betrieben unverzüglich niederzulegen, ohne jedoch zur Entfassung der Werkführer und Lehrlinge verbunden zu sein.

Mitglieder des Verbandes können sämtliche in Magdeburg ansässigen Inhaber von Betrieben der Holzbearbeitungsbranche werden, die sich schriftlich zur unbedingten Innehaltung der Satzungen verpflichten. Jedes Mitglied hat in den Versammlungen usw. für jede angefangenen *M.* 3000 jährlich gezahlten Lohnes eine Stimme, an Beiträgen ist für jede *M.* 1000 gezahlten Lohnes *M.* 1 zu entrichten."

Diesem „Arbeitgeberverband der Holzbearbeitungsbranche" gehören nach einer Zeitungsnotiz 40 Arbeitgeber mit 550 Arbeitern an. Der wirklich objektiv denkende frühere Obermeister der Tischlerzwangsinnung, Fischer, scheint das Ding gleich auf seinen wahren Wert erkannt zu haben, denn er lehnte das Amt eines Häuptlings dankend ab, das sodann Herrn W. Dittmar übertragen wurde. Der Kurs ist also klar und wie die Aufgabe erfaßt wird, davon gleich ein Pröbchen. Wir hatten schon in voriger Nummer gemeldet, daß das Gewerbegericht seine Vermittlung angeboten hatte. Das Einigungsamt tagte denn auch am 8. und 10. Juni. Von seiten des Herrn Ditmar waren dessen Kollegen, die Herren Ganzlin und Berger als Schiedsrichter bestimmt. Der erstere ist nun Beisitzer und der letztere gar stellvertretender Vorsitzender des neugegründeten Verbandes, also beide auch nach der Richtung hin aufs engste mit ihrem Kollegen Dittmar verbunden und sonach unzweifelhaft „Beteiligte" im Sinne des Gewerbegerichtsgesetzes. Auf Grund ihres wahrhaft aufhetzenden Gebarens schon in der ersten Sitzung, stellten wir zu der zweiten Sitzung den Antrag auf andere Besetzung der Arbeitgeberbeisitzerposten und weiter den Antrag, daß die Kollegen Bauer und Gorgas als Vertreter der beteiligten Arbeiter zu den Verhandlungen zugelassen würden. Herr Dittmar hatte nämlich am 2. Juni den beiden die Versicherung gegeben, daß, wenn er einer Berufsorganisation angehören würde, er unbedingt mit den Vertretern der Organisation unterhandeln würde. Der Fall lag also jetzt vor, trotzdem wurden beide Anträge und zwar mit Hülfe des Gewerbegerichtsvorsitzenden, Stadtrat Kayser, abgelehnt. Mit zäher Konsequenz suchte Herr Dittmar seinen Plan, bestimmte Kollegen aus seinem Betriebe auszuschließen, auch in diesen Verhandlungen, scheinbar mit den unschuldigsten Mitteln, durchzusetzen. Dazu das weitere Gehetze seiner Freunde, der beiden Arbeitgeberbeisitzer, und die beiden Vertreter der Arbeiter sahen sich zu der Erklärung veranlaßt, daß sie unter solchen Umständen einen Erfolg des Einigungsamtes nicht einzusehen vermöchten, worauf dann unsere Kollegen auf die Fortsetzung der Verhandlungen verzichteten. Das ist der jetzige Stand der Dinge. Die Wirkung davon kann und darf nur sein, die Arbeiter zu Paaren zu treiben, freilich nicht im Sinne der Scharfmacher, denn dazu langt der Geldbeutel der vier bis fünf wirklich kapitalkräftigen unter ihnen nicht, sondern zur Einigkeit.

Mölln i. Lauenburg. Die hiesigen Tischlergesellen sind in eine Lohnbewegung eingetreten, um die äußerst traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse etwas aufzubessern. Nachdem sich bereits eine frühere Versammlung mit dieser Angelegenheit beschäftigt hatte, fand am Sonnabend, den 28. Mai, eine Besprechung der hiesigen Kollegen statt, an welcher im Auftrage der Zahlstelle Lübeck, welcher die hiesigen Kollegen angeschlossen sind, Kollege Willers teilnahm. Es wurde festgestellt, daß noch in sämtlichen Werkstätten die elfstündige Arbeitszeit besteht; die Löhne schwanken zwischen *M.* 6 bis 9 pro Woche nebst Kost und Logis beim Meister. Die Kollegen kamen zu dem Entschluß, den Meistern folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. zehnstündige Arbeitszeit; 2. Lohnerhöhung von *M.* 1 pro Woche; 3. Mindestlohn von *M.* 8 pro Woche bei freier Beköstigung. Mit der Einreichung dieser Forderung wurde Kollege Willers in Gemeinschaft mit drei am Orte beschäftigten Kollegen beauftragt, welche sich am folgenden Tage dieser Aufgabe entledigten. Allgemein glaubten die Kollegen, mit diesen äußerst bescheidenen Forderungen auf keinen Widerstand zu stoßen, umsomehr weil auch im Baugewerbe usw. längst die zehnstündige Arbeitszeit besteht. Gerade des lieben Friedens willen nahmen die Kollegen Abstand, die Abschaffung von Kost und Logis zu fordern. Allein, die Kollegen hatten sich getäuscht, sie hatten den Meistern zu viel Einsicht zugetraut. Obwohl sich einige Meister gar nicht abgeneigt gezeigt hatten, auf die Forderung einzugehen, waren sie, nachdem sie im Laufe der Woche eine Zusammenkunft gehabt hatten, anderer Meinung geworden. Als dann am nächsten Sonntag, den 5. Juni, wie bei Einreichung der Forderung den Meistern mitgeteilt war, die Kommission bei diesen vorsprach, um ihre Antwort zu hören, war überhaupt eine bestimmte Antwort nicht zu bekommen. Man sprach wohl davon, daß vielleicht eine 1½stündige Mittagspause gewährt würde, aber es wolle sich einer nach dem anderen richten. Einige der Meister waren so rücksichtslos auszugehen, und den Gesellen überhaupt nicht einmal einen Bescheid zu hinterlassen. Es mußte den Anschein erwecken, als ob dies absichtlich geschehen sei; man hatte nämlich geäußert, mit einem Lübecker wolle man nichts zu tun haben, obwohl, wenn die Herren Gesellen

brauchen, sie sich gar nicht scheuen, sich an die Lübecker Zahlstelle zu wenden. Eine Ausnahme machte in dieser Beziehung Herr Tischlermeister Plath; diesem schien an einer Verständigung gelegen zu sein. Er versprach der Kommission, die Meister zu Nachmittags zu einer gemeinsamen Sitzung einladen zu wollen, wozu wir uns einfinden könnten. Zu dieser Besprechung war seitens der Meister außer Herrn Plath nur noch Herr Brand erschienen. Es wurde hier, mit Rücksicht darauf, daß die Meister erklärten, daß sie bei den übernommenen Arbeiten nicht mit den Forderungen gerechnet hätten, vorbehaltlich der Zustimmung beider Parteien, folgender Vergleichsvorschlag aufgestellt: 1. Die Arbeitszeit beträgt bis zum 1. August 1904 10½ Stunden, von da ab 10 Stunden täglich. 2. Den Gesellen wird sofort eine Lohnzulage von M. 1 pro Woche gewährt. 3. Der definitive Bescheid wird den Gesellen am Dienstag, Morgens, den 7. Juni, gegeben. Unsere Kollegen erklärten sich mit diesem Vorschlag in einer am selben Abend stattfindenden Besprechung einverstanden. Anders die Meister. Diese lehnten Montag denselben ab und beschlossen folgendes: 1. Die Arbeitszeit beträgt bis zum 1. April 1905 10½ Stunden täglich. (Ob dieselbe nach diesem Termin wieder 11 oder noch mehr Stunden betragen soll, ist in dem Schriftstück nicht gesagt.) 2. Lohnzulage wird den Gesellen nur nach Leistung gewährt. Dieser Beschluß, welchen die Gesellen mit Recht als einen Hohn auf ihre Bescheidenheit betrachteten, hatte zur Folge daß dieselben noch an demselben Abend beschlossen, am Dienstag die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Da es sich ausschließlich um Ledige handelt, sind die Kollegen, soweit sie nicht durch Kündigung gebunden sind, noch acht Tage zu arbeiten, am Dienstag sofort abgereist; die übrigen werden folgen. Die Zahlstelle Lübeck hat es sich jetzt zur Aufgabe gemacht, den Meistern in Mölln zu zeigen, daß sie mit unserem Verband rechnen müssen. Wir hoffen, daß die Möllner Tischlermeister zu der Ueberzeugung kommen werden, daß man die Forderung auf Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit nicht mit der Redensart: „1½ stündige Mittagspause würden wir wohl einführen, aber daß die Gesellen Abends um 7 Uhr schon mit der Zigarre im Munde auf der Straße umherstolzieren, halten wir nicht für notwendig", abwimmeln kann. Wir rechnen in bezug auf die Fernhaltung des Zuzuges auf die tatkräftigste Unterstützung aller naheliegenden Zahlstellen, welche auch bereits mit Material versehen worden sind. In Anbetracht der äußerst traurigen Verhältnisse in Mölln dürften sich wohl keine Kollegen finden, welche hier den Meistern aus der Patsche helfen.

Mühlberg a. d. E. Der Streik der hiesigen Korbmacher dauert fort. Zu Anfang voriger Woche fanden Verhandlungen mit den Arbeitgebern im Beisein des Gauvorstehers statt, die jedoch zu keinem Resultat führten. Drei Arbeitgeber bewilligten darauf die Hälfte der geforderten Lohnerhöhung. Da diese Erhöhung aber nur einer Aufbesserung des Wochenverdienstes um zirka 50 ₰ gleichkäme, lehnten die Streikenden dieses Anerbieten ab, unterzogen jedoch den ganzen geforderten Tarif einer Revision, gingen bei einzelnen Positionen etwas zurück und unterbreiteten diesen Tarif nochmals dem in erster Linie in Betracht kommenden Herrn C. Apelt. Am Sonnabend kam dann auf dieser Grundlage zwischen den Streikenden und Herrn C. Apelt eine Einigung zu stande, und sollen Montag in diesem Betriebe sieben Kollegen die Arbeit aufnehmen. Da inzwischen wieder einige Kollegen abgereist sind, beträgt die Zahl der Streikenden noch 15. Die auswärtigen Kollegen werden ersucht, auch fernerhin den Zuzug fernzuhalten, bis in allen Werkstätten die Forderungen bewilligt und alle Kollegen untergebracht sind.

Neuhausen (Erzgbg.) In einer leider nur schwach besuchten Versammlung sprach hier Kollege Beyer aus Geringswalde. Es ist recht bedauerlich, daß der Referent, welcher mit der Stuhlbauerei vertraut ist und die Verhältnisse in dieser Branche genau kennt, vor leeren Bänken reden mußte. Es ist wirklich an der Zeit, daß die Gleichgültigkeit der Kollegen aufhört, aller persönlicher Hader untereinander begraben und an ein gemeinsameres Zusammenwirken zwecks Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gedacht wird. Besonders mögen die älteren Kollegen sich mehr um das Verbandsinteresse kümmern, dann werden auch die jüngeren ihrem Beispiele folgen, und der Verband wird allen gute Dienste leisten können.

Rastatt. Am 30. Mai referierte in einer Holzarbeiterversammlung unser Gauvorsteher, Kollege Raub, aus Stuttgart über das Thema: „Die wirtschafliche Entwicklung und die Entwicklung des Verbandes". In längerer Ausführung schilderte er die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung der Arbeiterbewegung von ihrem Anfang bis zur Machtstellung, welche dieselbe heute einnimmt. Mit zahlreichem Zahlenmaterial zeigte er auch die Erfolge des Verbandes in bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes sowie Unterstützung der Mitglieder während der Kämpfe, auf der Reise und sonstigen Notfällen. Leider hatten sich gerade diejenigen Kollegen, welche es am notwendigsten hätten, sich zu organisieren, von der Versammlung fern gehalten. Kollegen, bei uns ist es die höchste Zeit, sich zu organisieren, denn die Verhältnisse, welche hier existieren, sind nicht rosige zu nennen; Löhne von M 12 bis 15 pro Woche sind keine Seltenheit, trotzdem die Lebensmittel und Wohnungen teuer sind. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in die Agitation einzugreifen, damit wir auch die uns fern stehenden Kollegen für den Verband gewinnen.

Tegernsee. Am 29. Mai cr. referierte hier Kollege Raith aus München über das Thema: „Der Indifferentismus und seine Folgen für die Arbeiter". In 1½ stündigem Vortrag erläuterte Redner den zahlreich Versammelten, wie es heutzutage fast unerläßliche Pflicht eines jeden Arbeiters ist, sich zu organisieren, um so einigermaßen gegen die Willkür der Unternehmer geschützt zu sein, und betonte speziell die Vorteile, die der Verband seinen Mitgliedern bietet. Besonders den anwesenden Sägern widmete Redner wohlmeinende Worte, sich von ihrer Gleichgültigkeit aufzuraffen und durch organisatorischen Zusammenschluß ihre gewiß nicht beneidenswerte Lage in bessere Bahnen zu leiten. Reicher Beifall lohnte am Schlusse seiner Ausführungen den Redner, gelegentlich derselben wurden wieder drei Kollegen für den Verband gewonnen, so daß unsere Zahlstelle nach zweijährigem Bestehen von 8 auf 30 Mitglieder gestiegen ist, nach den hiesigen Verhältnissen eine ansehnliche Zahl, und auf den agitatorischen Eifer der Kollegen, der hier lobend anerkannt werden muß, ist die Erreichung dieser Zahl zurückzuführen. Und „Vorwärts" wird auch ferner ihre Losung sein.

Wurzen. Als dieser Tage ein streikender Tischler von Eilenburg in der Möbelfabrik von Streil bei den Werkführern um Arbeit nachfragte, antworteten ihm dieselben, er könnte sofort anfangen. Als sie aber im weiteren Gespräch erfuhren, daß er in der Marthastr. 6 bei Noack, dem Vertrauensmann des Holzarbeiterverbandes, wohne, antwortete Herr Wagner: „Um Gottes willen, da können wir Sie nicht einstellen, das ist ja der, der voriges Jahr alle unsere Leute zum Streik aufgehetzt hat; die Verantwortung können wir nicht übernehmen, Herr Streil ist selber nicht da, und er würde Sie da auch nicht einstellen." Mit dem Bescheid konnte sich Herr Wagner noch nicht zufrieden geben, sondern riet dem Tischler, er solle doch ausziehen, für ein schönes Logis wolle er sorgen. Das schöne Logis ist nämlich da, wo voriges Jahr sämtliche Arbeitswilligen wohnten. Der Tischler hat sich aber nicht 'rumkriegen lassen, sondern hat am anderen Tage Wurzen wieder verlassen. Ich warne nun jeden Kollegen, unter diesen Umständen in diesem Eldorado anzufangen. Besonders die Eilenburger Kollegen mache ich darauf aufmerksam, daß sie mehr Streikunterstützung beziehen, als in dem bekannten Eldorado verdient wird. Ferner bezeichne ich das, was Herr Hermann Streil zu dem Kollegen Franke in seiner Fabrik geäußert hat, ich wäre bei ihm nach Arbeit gewesen, als eine grobe Lüge. Mir wird es niemals einfallen, so lange Herr Streil die geringe Forderung der bei ihm arbeitenden Tischler nicht bewilligt hat, bei ihm wieder nach Arbeit anzufragen.

R. Noack.

Zwickau i. S. Wenn die hiesige Tischler-Zwangsinnung ihren letzten Geschäftsbericht, in welchem die Löhne der Gehülfen als recht auskömmliche bezeichnet werden, überall hin versandt hätte, so wäre allenfalls eine Erklärung dafür gefunden, daß manche Werkstätte, speziell die „Möbelfabrik von Eduard Bauer", in der unverantwortlichsten Weise von den Kollegen überlaufen wird. Aber nicht die reisenden Kollegen allein sind es, die durch ihr Umschauen ungünstig auf die Gestaltung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses der hier in Arbeit stehenden einwirken. Soweit genannte Werkstelle in Frage kommt, sind es vorwiegend Zwickauer Kollegen, die vorsprechen. Was Wunder, wenn die Herren dann stolz werden und den Arbeiter, der um eine Lohnzulage einkommt, kaum beachten. Gibt es doch genug jüngere Leute, die auf Einstellung warten. Mancher Kollege sucht in diesen Betrieb hineinzukommen, weil er glaubt, dann aller Sorgen enthoben zu sein, doch schon am ersten Lohntage wird er gewahr, wie sehr er sich getäuscht hat. Anstatt mindestens 34 oder 35 ₰ pro Stunde, wie beim Kleinmeister, zu bekommen, erhält er 31 bis 32 ₰. Wünscht der Kollege mehr Lohn, so wird er mit schönen Redensarten vertröstet, mit den Worten, das kommt von alleine. Kollegen, die jahrelang da gearbeitet haben, bei denen ist es nicht von „alleine" gekommen, wann es bei Herrn Bauer mal kommt, das mögen die Götter wissen. Wer hübsch ruhig sich verhält, das heißt: wer sein Mitbestimmungsrecht fallen läßt, wenn für seine Ware Arbeitskraft der Preis gemacht wird, wer tüchtig schruppt, der bekommt „eventuell" Auslösung, wohl auch eine gute Zensur. Herr Bauer fängt an Zensuren zu machen. Ich hab einen guten Stamm, sagt Herr Bauer, und meint damit die alten Kollegen, die 13, 16 und 17 Jahre bei ihm tätig sind und mit 34 und 35 ₰ pro Stunde entlohnt werden. Ein Kollege, der 10 Jahre daselbst beschäftigt ist, erhielt bei seinen Antritt 27 ₰ und jetzt hat derselbe 32 ₰ pro Stunde, mithin erhielt er während der 10 Jahre pro Jahr und pro Stunde ½ ₰ Lohnzulage. Unter diesen Umständen wird es wohl mit dem guten alten Stamm bald ein Ende haben. Als vor kurzem die Kollegen bei Herrn Bauer vorstellig wurden, daß Frühstück und Vesper geholt werde, mutete Herr Bauer ihnen zu, sich doch jemand dazu zu halten, mit anderen Worten, den Frühstück- und Vesperholer selbst zu bezahlen. Dieses und anderes hat auch die älteren Kollegen aufgerüttelt und sie haben nachgerade erkannt, daß bei dem fortwährenden Steigen der Wohnungs- und Lebensmittelpreise und dergleichen mehr von einem menschenwürdigen Leben keine Rede sein kann. Waren vor einem Jahre in diesem Betrieb kaum 5—6 Mann organisiert, so ist jetzt die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß von den durchschnittlich 30 Beschäftigten nur ein Mann der Organisation noch fern steht, und auch dieser wird hoffentlich den richtigen Weg noch finden und mitarbeiten an eine Bessergestaltung seiner und unserer wirtschaftlichen Lage. Den Kollegen der Werkstätte sei hier noch zugerufen: Haltet fest zusammen, was auch kommen mag. Denn nur, wenn wir einig sind, wenn wir einer zum anderen stehen, sind wir imstande, etwas mehr als nur ein Trinkgeld für unsere Arbeitskraft herauszuschlagen. Die kleinen Verbesserungen, die mit Hülfe der Organisation in letzter Zeit geschaffen, sollten jeden Einzelnen anspornen, in diesem Sinne weiter zu arbeiten und die Zukunft wird uns besseres bringen. Die hiesigen wie die durchreisenden Kollegen werden ersucht, das Umschauen in diesem Betriebe bis auf weiteres zu unterlassen. Auskunft erteilt die Lokalverwaltung.

Eingesandt.

Richtigstellung.

Unterzeichnete Kommission ersucht um Aufnahme des Nachstehenden, betreffend Eingesandt, unterzeichnet Louis Güth, Gauvorsteher, in Nr. 23 der „Holzarbeiter-Ztg."

Es ist wohl zu erwarten, wenn ein Gauvorsteher etwas berichtigt, daß er dann auch weiß, wieviel Prozent Aufschlag gefordert wird. Es hat ferner den Anschein, daß alle Meister M. 9 Kostgeld berechneten, nur einer nicht. Wir bemerken ausdrücklich, daß Herr Güth weiß, daß hier M. 7 berechnet werden, und der eine Fall von M. 8,75 von uns überhaupt nicht bestritten ist. Herr Haar & Sohns haben nicht bestritten, daß Sie die Wortführer sein, sondern bestreiten; dieses zu Ungunsten des Verbandes sind.

Was den Mut anbetrifft, so ist er ein trauriger, wenn man absichtlich etwas in der Berichtigung entstellt.

Achtungsvoll

Die Lohnkommission der Tischler-Zwangsinnung Lassan.

J. A.: Paul Labahn.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Die Hamburger Bautischler haben nach längerer gemeinsamer Beratung mit einer Kommission der Bautischlermeister einen Tarif zur Annahme gebracht, der für unsere Kollegen mancherlei Vorteile in sich schließt. Ein genauer Bericht und die Bekanntgabe des Tarifs folgen in nächster Nummer. Wahrlich, der Abschluß des Tarifs ist ein Erfolg, von dem die Hamburger Kollegen befriedigt sein können.

Die Differenzen bei der Firma A. Hille in Leipzig sind zu Gunsten der Kollegen nach dreitägigem Ausstand beendet worden.

Aus **Bernburg** berichtet man uns: „Die Firma Calm & Ahlfeld (Rohrwarenfabrik) will abermals die Löhne für Musterschutz-Leistenkörbe reduzieren. Herr Calm hat erklärt, daß er in der im Laufe dieser Woche stattfindenden Submission 3000 Stück benannter Körbe erhalten könne. Vorausgesetzt, daß sich die hiesigen Kollegen bereit erklärten, die Rümpfe für sage und schreibe M. 1,10 pro Stück zu fertigen.

Die eingezogenen Erkundigungen seitens der Gaue sowie Zahlstellen und Verwaltung haben ergeben, daß eine Submission für die nächste Zeit nicht bevorsteht. Demnach sind die zu fertigenden Körbe noch von der letzten Ausgabe.

Erfreulicherweise ist mitzuteilen, daß von zirka 60 bei obiger Firma beschäftigten Korbmachern bis auf drei Mann organisiert sind, da die hier ansässigen Kollegen ebenfalls die Erfahrung hinter sich haben, daß, wenn sie jahrelang keiner Organisation angehören, trotzalledem die Löhne bis auf 20—30 pZt. gekürzt werden. Dieselben sind aber jetzt gewillt, auch bei schlechter Konjunktur dem Verband treu zu bleiben.

Um die hiesigen Korbmacher vor der erneuten Lohnkürzung zu bewahren, werden alle auswärtigen Kollegen gebeten, den Zuzug nach Bernburg bis auf weiteres streng fernzuhalten."

Ueber die Lohnbewegung im 10. Gau. Herford. Die Lohnbewegung unserer Kollegen ist nunmehr auf der ganzen Linie beendet. Auch bei der letzten Firma Schaper & Blumenthal sind die Forderungen voll und ganz bewilligt, so daß jetzt alle Kollegen zu den neuen Bedingungen arbeiten. Die Zahlstelle Herford zählt gegenwärtig 340 Mitglieder.

Minden. In zwei Werkstätten, wo die Verhältnisse recht ungünstige waren, stellten unsere Kollegen Forderungen auf Erhöhung des Stundenlohnes um 2 ₰ und Abstellung einer Reihe Mißstände. Nach halbtägigem Streik wurden nach erfolgter Verhandlung die Forderungen zugestanden. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 70.

Bünde. Nach lebhafter Agitation in letzter Zeit ist es gelungen, die Mitgliederzahl auf 80 hinauf zu bringen.

Osnabrück. Unsere Kollegen, die Tischler, haben in der letzten Woche Forderungen an die Arbeitgeber gestellt. Die Frist für die Arbeitgeber läuft am 15. Juni ab. Die Mitglieder des christlichen Verbandes führen mit unseren Kollegen gemeinsam die Bewegung durch; unsere Zahlstelle zählt 180, die des christlichen Verbandes 20 Mitglieder. Für zirka 30 Kollegen sind die Forderungen bereits bewilligt. Zur Leitung der Bewegung befindet sich der Gauvorsteher am Orte. **Zuzug ist streng fern zu halten!**

Bielefeld. Nach mehrmaliger Verhandlung sind die Forderungen der Korkschneider zum größten Teil bewilligt. Zugestanden wurde seitens aller Fabrikanten 3 ₰ Lohnzuschlag pro Stunde, 5 bis 25 pZt. Akkordlohnzuschlag und Aufschlag für Ueberstunden 2c. Für die in bedrückter Lage befindlichen Kollegen ein erfreulicher Erfolg. Die Bewegung ist beendet.

Bei dem Tischlermeister Altenhöfel in Hamme bei Bochum haben sämtliche Tischler die Arbeit niedergelegt, weil sie Arbeiten des Bruders, über dessen Betrieb in Bochum die Sperre verhängt ist, anfertigen sollten.

Der Ausstand der Schreiner und Maschinenarbeiter Offenbachs dauert unverändert fort. Die umliegenden Zahlstellen werden gebeten, den Zuzug nach Offenbach fernzuhalten. In Frankfurt, Höchst a. M., Fechenheim und Hainstadt wird Streikarbeit gemacht für Offenbacher Firmen. Die Kollegen werden ersucht, sich in den Mitgliederversammlungen zu orientieren. Den Zahlstellenverwaltungen sind die betreffenden Geschäfte, soweit dieselben ermittelt werden konnten, bekannt gegeben worden.

Der Streik der Tischler und Hülfsarbeiter in Landsberg a. d. W. dauert unverändert fort. Die Unternehmer beschlossen in einer Versammlung, die Sache ruhig ihren Gang gehen zu lassen, bis die Arbeitnehmer die einleitenden Schritte zur Einigung unternehmen. Im weiteren wurde in der Versammlung gesagt, daß von Ausständigen Briefe an die Unternehmer gerichtet sind, wonach „dieselben gern wieder in Arbeit treten möchten, aber den auf sie ausgeübten Druck seitens der Streikenden nicht abschütteln können". Die Streikenden zweifeln denn doch an der Richtigkeit dieser Behauptung, weil es ihnen ausgeschlossen erscheint, bei dem guten Geist, der alle beseelt, daß solche Elemente sich in ihren Reihen befinden könnten. Die Unternehmer versuchen jetzt, uns durch allerhand Schreckschüsse zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. So will z. B. die Firma Lewinson laut Lokalnotiz im hiesigen „Generalanzeiger" zwei Säle ihrer Möbelfabrik so lange vermieten, bis der Streik beigelegt ist. Eine Versammlung der Streikenden beschloß, nachdem der Gauvorsteher Kollege Stusche seiner Freude darüber Ausdruck gegeben hatte, daß die Kollegen bis zur Stunde ihre Schuldigkeit getan haben und niemand zum Streikbrecher geworden ist, den Kampf unverändert weiterzuführen. Im Streik befinden sich noch 84 Kollegen. Die Kollegen allerorts werden dringend ersucht, den Zuzug von Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern streng fernzuhalten.

Die Tischler der Firma Therheyden & Co. in Eutin hatten am 16. Mai die Arbeit eingestellt, weil die Firma nicht mehr, wie bisher, den Lohn bei Akkordarbeit sichern wollte. Der Akkordpreis wurde immer mit der Firma vereinbart, war aber oft so niedrig, daß bei intensivster Arbeit nicht der Lohn dabei verdient wurde. In allen solchen Fällen wurde aber der Lohn trotzdem ausgezahlt. Einer

Kommission gegenüber erklärte die Firma, daß sie sich auf eine Sicherung des Lohnes nicht mehr einlasse. Am 13. Mai wurde beschlossen, daß, falls bis zum 16. Mai keine Einigung erzielt sei, die Arbeit eingestellt werde. Dies geschah, weil die Firma alles ablehnte. Am 28. Mai machte die Firma durch Vermittlung des Gauvorstehers den Streikenden folgenden Vorschlag: die Arbeit ist am 30. Mai aufzunehmen unter der Bedingung, daß in längstens drei Monaten (ist die Frist nicht reichlich lang? D. Red.) von der Firma in Gemeinschaft mit der Kommission ein Akkordtarif ausgearbeitet werde. Bei den jetzt angefangenen Akkordarbeiten soll der Lohn weiter gezahlt werden. Den Kommissionsmitgliedern soll die Zeit, welche sie bei Akkordabschlüssen versäumen, d. h. soweit die versäumte Zeit mehr als eine Viertelstunde beträgt, nach Maßgabe ihres Stundenlohnes vergütet werden. Die Streikenden haben diesen Vorschlag angenommen und am 30. Mai die Arbeit wieder begonnen.

Aus den Berufen der Holzbranche.

Wie sich die „Fachzeitung", das Organ der Holzindustriellen, entrüstet, wenn die streikenden Gesellen einen Streikbrecher aus ihrer Organisation ausschließen, und auch nach Beendigung des Streiks den Verkehr mit solchen Elementen meiden, ja bisweilen nicht mit solchen zusammenarbeiten wollen — das ist bekannt. Nicht bekannt ist aber, daß die „Fachzeitung" sich ebenso sehr und noch mehr entrüstet, wenn in den Reihen der Arbeitgeber ein Streikbrecher auftaucht, der keine Spur von Solidarität im Leibe hat.

So hat z. B. ein Bäckermeister in Berlin die Forderungen der streikenden Gesellen bewilligt und dies auf einem Plakat in seinem Schaufenster angezeigt. Er ist nun aufgefordert worden unter Drohung, das Plakat zu entfernen und seine Unterschrift zurückzuziehen; als er sich geweigert, hat ihn am anderen Tage jemand mit dem Geschäftsruin bedroht. Offenbar ist das Vorgehen gegen den streikbrechenden Bäckermeister eine Drohung und Nötigung, die nach § 153 der Gewerbeordnung strafbar ist. Das wußte auch der Bäckermeister und stellte bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag. Was diese dazu sagen wird, wissen wir nicht; wenn sie das Gesetz als für alle gleich achtet, dann wird sie die Bedroher und Nötiger vor die Schranken des Gerichts fordern, wie sie das gegenüber Arbeitern immer tut. Doch dies kümmert uns vorderhand nicht. Uns interessiert nur die folgende Bemerkung der „Fachzeitung" in bezug auf die Denunziation des Bäckermeisters bei der Staatsanwaltschaft:

„Dieses besondere Exemplar von einem Bäckermeister, der sich nicht gescheut hat, das rote Plakat der streikenden Bäckergesellen, auf welchem bekannt gegeben wird, daß der Inhaber des Ladens alle Forderungen der Streikenden bewilligt, im Schaufenster auszuhängen, der also jeglichen Solidaritätsgefühls bar ist; er schreit zum Staatsanwalt und flüchtet sich in die Arme des „Vorwärs"! Wie beschämend ist es doch für uns Arbeitgeber, daß wir derartige „Kollegen" nicht mit Schimpf und Schande aus unseren Reihen ausstoßen können, wie es doch die Arbeiter ohne weiteres machen! Wahrlich, es ist die höchste Zeit, daß es solchen „Ehrenmännern" fühlbar gemacht wird, daß das alte Sprichwort immer noch in Geltung steht, welches lautet:

Der größte Lump im ganzen Land
Das ist und bleibt der Denunziant!"

Wenn die Holzarbeiter über einen Streikbrecher in ihren Reihen auch einmal in derselben Weise in ihrem Verbandsorgan, der „Holzarbeiter-Zeitung", ihrem Herzen Luft machen würden, besonders wenn dieser Streikbrecher von den Meistern förmlich gehätschelt und aufgestachelt wird gegen die, welche ihn von der Arbeit abhalten wollten, Strafantrag zu stellen — was würde dann die „Fachzeitung" für ein Lamento machen über den „unerhörten Terrorismus", unter welchem die Streikbrecher und Arbeitswilligen von den Streikenden zu leiden haben!

Nicht wahr, Herr Dr. Ludwig Müffelmann, das ist ganz etwas anderes! Wie glücklich können Sie sich schätzen, daß Sie nicht Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung" sind, was meinen Sie wohl, was Ihnen passieren würde?

Rahardt hat revolutionäre Allüren. In einer vorigen Woche abgehaltenen Versammlung der Berliner Innungs-Bäckermeister wurde lebhafte Klage geführt über den Boykott, den die Berliner Arbeiterschaft über die im Streik befindlichen — Bäckermeister verhängt hat. Der Obermeister der Berliner Tischlerinnung, Herr Rahardt, der ebenfalls zugegen war, schlug vor, die Bäckermeister möchten acht Tage lang die Läden schließen, um den Arbeitern das Boykottieren zu verleiden. Der Obermeister der „Germania"-Bäckerei-Innung fiel seinem Gesinnungsverwandten erschrocken ins Wort und erklärte, das vorgeschlagene Mittel sei zu revolutionär und für die Bäckermeister zu gefährlich; man dürfe nicht einmal an einen dreitägigen Ladenschluß denken. So blieb die Rahardtsche Anregung unausgeführt, statt dessen schimpfte man kräftig auf die begehrlichen Bäckergesellen und den sozialdemokratischen Terrorismus.

Ein Tischlertag für Anhalt hat im Mai in Ballenstedt stattgefunden. Derselbe beschloß die Dringlichkeit des Anschlusses an den Schutzverband im Interesse des Friedens im Tischlergewerbe. Die Anmeldungen sollen bis zum 18. August erfolgen, jedenfalls, damit die Anhatischen Städte mit unter denen stehen, die auf dem nächsten deutschen Tischlertage des großen Obermachers „Ruhm" verkünden sollen.

Die Zwangsinnung befriedigt nicht. In Pinneberg hat sich die Zwangsinnung der Tischler aufgelöst; die bisherigen Mitglieder wollen auch keine freie Innung haben. Das Innungsvermögen ist der Tischler-Sterbekasse für Schleswig-Holstein überwiesen.

Der 19. deutsche Korbmachertag soll am 25. und 26. Juli in Coburg tagen. Unter den 17 Tagesordnungspunkten befinden sich u. a. folgende: Wie schaffen wir am besten eine die verschiedenen Interessengruppen der Korbmacherei umfassende Organisation? Welche Erfahrungen hat man innerhalb des Korbmacherhandwerks mit dem Genossenschaftswesen gemacht? Welche Mittel und Wege führen am ehesten dazu, die gesamte Korbmacherarbeit aus den Gefängnissen zu entfernen? Das Korbmacherhandwerk in den Blindenanstalten. Stand des Innungswesens im Korbmacherhandwerk. Wie stellen wir uns zur Frage der Gründung einer Mittelstandspartei? Einführung der obligatorischen Alters- und Invalidenversicherung für das Handwerk. Unser Mittelstand in bezug auf den Straßenhandel, die Konsum- und die Rabattsparvereine.

Das sind eine Anzahl an sich recht wichtiger Fragen, aber wie das immer auf den Innungstagen zugeht — sie werden in der kurzen Zeit, die den Delegierten zur Verfügung steht, niemals gründlich erörtert. Geplant ist gelegentlich des Korbmachertages auch eine Fachausstellung. Bevorzugt werden in den eigenen Werkstätten gefertigte Korbwaren, und namentlich wird gewünscht, daß auch die Gesellen sich lebhaft daran beteiligen. Nach dem Beschlusse des Rostocker Korbmachertages werden aus der Verbandskasse zwei Geldprämien verteilt. Es wäre interessant, wenn nach dem Muster der Ausstellung, welche die Generalkommission gelegentlich des Heimarbeiterschutzkongresses arrangierte, bei den einzelnen Arbeiten ersichtlich wäre, in welcher Zeit und für welchen Lohn dieselben hergestellt würden; wenn man ferner die Kosten des Rohmaterials und die Verkaufspreise wüßte, würde sich gewiß in sehr vielen Fällen ein eigenartiges Bild darbieten in bezug auf die Konkurrenzverhältnisse der Aussteller untereinander und auf die Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeiter. Interessant wäre, wenn gerade die Heimarbeiter des Coburg-Lichtenfelser Korbwaren-Heimindustriebezirks sich an der Ausstellung beteiligten, und wenn gerade sie nach dem bezeichneten Plane verfahren würden. Die herrlichen Muster der Coburger Heimarbeit würden vielen Besuchern des Nordens, Ostens und Westens Anregung geben zur Aenderung und Verbesserung ihrer Korbformen, soweit es sich besonders um Blumenkörbe und -ständer und andere Luxusartikel handelt. Viele würden aber auch, wenn sie die äußerst niedrigen Herstellungspreise dieser kunstvoll gearbeiteten Waren kennen, wünschen, daß dieses elendeste aller Heimgewerbe sobald wie möglich verschwinden möchte. Dem Korbmachertage empfehlen wir, bei dem Punkt „Genossenschaftsfrage" sich einmal eingehend mit der Heimarbeit der Korbindustrie jenes Ortes zu beschäftigen, in welchem der Korbmachertag zusammentritt.

Die Schirmmacher aus einer Anzahl Orte des Rheinlands haben in Düsseldorf über die Bildung eines allgemeinen deutschen Schirmmacherverbandes beraten. Im Herbst d. J. soll ein allgemeiner Verbandstag in Düsseldorf abgehalten werden. Es sollen besonders Fachinteressen gefördert und Einrichtungen zur Unterstützung kranker und bedürftiger Kollegen in die Wege geleitet werden.

Es dürfte sich unseres Erachtens wohl um selbständige Schirmmacher handeln; leider ist das aus der „Zeitschrift für Drechsler 2c.", welcher wir diese Notiz entnehmen, nicht ersichtlich.

Ein fürchterlicher Unglücksfall eines Holzarbeiters wird aus Rabenau berichtet. In der dortigen Möbelfabrik vorm. O. Zimmermann war der 22jährige Maschinenarbeiter Börner aus Spechtritz an der Kreissäge beschäftigt. Als die Säge in vollem Gange war, zersprang sie plötzlich; ein Stück ging dem Bedauernswerten in den Leib, zerschnitt drei Rippen, die Lunge und das Rückgrat halb und blieb dann stecken. Der Tod trat sofort ein. Mit welcher Gewalt die Eisenteile umhergeflogen sind, zeigt die Tatsache, daß ein Stück die Schutzvorrichtung, dann das über der Säge befindliche Holzdach durchschlug und zirka 175 Meter entfernt das Dach einer Bäckerei beschädigte. Die Säge soll vorher Sprünge gehabt haben.

Als ein großes Glück muß es bezeichnet werden, daß nicht noch mehr Menschen Verletzungen davongetragen haben, denn die Splitter wurden 150 bis 200 Meter weit fortgeschleudert; sie spießten sich in Bäume ein und beschädigten Dächer.

Uns will scheinen, als wenn die Unfallverhütung an dieser Maschine nicht besonders mustergültig gewesen wäre. Denn sonst wäre es wohl kaum zu einem solchen Unglücksfall gekommen, da die neueren Schutzvorrichtungen das Umherfliegen der Eisenteile einer zerspringenden Kreissäge verhindern.

Jedenfalls zeigt der obige Fall die erhebliche Unfallgefahr an Holzbearbeitungsmaschinen, besonders an Kreissägen.

Ueber die Gesundheitsgefahren in der Holzindustrie, hervorgerufen besonders durch die Staubentwicklung, bringt der letzte Jahresbericht des Gewerbe-Aufsichtsbeamten für Mecklenburg-Schwerin einige Angaben. Obwohl in bezug auf gesundheitliche Verhältnisse bei Neuanlagen Fortschritte ganz augenscheinlich sind, werden Vorkehrungen zur Staubbeseitigung aus rein gesundheitlichen Rücksichten freiwillig nur vereinzelt ausgeführt. So z. B. bei der unerträglichen Staubbelästigung der Parkettstabfabrikation. In der Regel müssen sie erst aufgegeben werden und finden dann in mangelnder Betriebskraft ihre Schwierigkeiten. Dagegen werden jetzt Staubbeseitigungen öfter freiwillig ausgeführt, wenn sie zugleich betriebstechnisch rentabel sind.

In mehreren Holzbearbeitungsfabriken, namentlich in solchen für die Bearbeitung harter Hölzer wurde Staubabsaugung aufgegeben; in anderen deren Vervollständigung. In mehreren solchen ist auch der bisherige schwache Punkt, die Sammlung und Verfeuerung im Kesselhause, nunmehr zweckmäßig gelöst worden: die Späne fliegen nämlich in einen Zyklon und werden entweder direkt aus dem Fallrohr desselben durch dicht unterbundene Säcke abgezogen, oder in einer nach dem Kesselhause zu dicht abgeschlossenen Staubkammer angesammelt, so daß die bisher für den Heizer oft sehr lästige Staubentwicklung im Kesselhause fast völlig vermieden wird. Allerdings erfordert solche Entstaubungsanlage leicht ⅙ bis ⅕ der vorhandenen Betriebskraft; es werden dafür aber auch neben den gesundheitlichen Vorteilen die nicht unerheblichen Transportkosten und die störende Reinigungsarbeit zwischen den Maschinen vermieden.

Die Rohrgewebe en gros Kommanditgesellschaft H. C. Meyer jr. in Hamburg hat bei einem Komanditkapital von zwei Millionen Mark einen Gewinn von M 283 526 abgeworfen. Das ist noch ein Geschäft. Hingegen haben sich die Aktionäre der Korbwarenindustrie A.-Ges. vorm. Hourdeaux in Lichtenfels mit 1 pZt. Dividende begnügen müssen. Es wurden bei einem Aktienkapital von M 500 000 nur M 7679 Gewinn herausgeschlagen. Es war aber nicht immer so. Die Aktionäre gerade dieser Gesellschaft haben immer gut abgeschnitten, und sie werden sicher bestrebt sein, auf Kosten anderer ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Herr Amédée Hourdeaux, der in Lichtenfels ein steinreicher Mann geworden ist, hat die Heimarbeiterausbeutung vorzüglich verstanden, und soviel wir wissen, hat sich in diesem Punkte in Lichtenfels noch nicht das mindeste geändert.

Jakob & Jose Kohn, die weltbekannte Firma für Möbel aus gebogenem Holz, erzielte trotz einem Rückgang der Preise einen Ueberschuß von über M. **500000**, so daß eine Dividende von 9 pZt. verteilt werden konnte. Daß auch ein Brosamlein für Wohltätigkeitszwecke abfiel, versteht sich von selbst; jedenfalls ist das Bröcklein so winzig, daß man sich schämte, seine Größe anzugeben.

Gewerkschaftliches.

Ein christlicher Verband für das graphische Gewerbe hat sich in Deutschland gebildet. Die christlichen Gewerkschaften, so sagten seither immer deren Führer, seien infolge des Terrorismus der „sozialdemokratischen" Verbände zur Notwendigkeit geworden, sie würden nicht entstanden sein, wenn diese die Neutralität gewahrt hätten. Die neue Gründung zeigt nun wieder einmal recht deutlich, was von dieser Entschuldigung der christlichen Arbeiterzersplitterung zu halten ist. Gegen den Buchdruckerverband wird gewiß niemand den Vorwurf erheben können, daß er nicht neutral sei, und auch dem Buchbinderverband, insbesondere dem Organ desselben, ist noch vor kurzem selbst von christlicher Seite das Zeugnis ausgestellt worden, daß es die Neutralität nicht verletze. Und trotzdem nun die christliche Konkurrenzorganisation!

Literarisches.

„Kommunale Praxis", Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Herausgeber Dr. Albert Südekum, Berlin W 15.

Aus dem Inhalt der soeben erschienen Juni-Nummer des vierten Jahrgangs heben wir hervor: Einen Artikel über die Umsatzsteuerpläne in Sachsen, von Emil Nitzsche-Dresden. — Eine Abhandlung über die Armenlast in den deutschen Großstädten, verglichen mit ihrer Steuerkraft. — Neben einem reichen Notizenteil über alle Gebiete des Gemeindelebens hat die „Kommunale Praxis" einen juristischen Sprechsal eingerichtet, in dem alle Rechtsfragen, die das Gemeindeleben betreffen, regelmäßig kostenlos beantwortet werden.

Die „Kommunale Praxis" erscheint am 1. und 15. jedes Monats und kostet vierteljährlich M. 1,50. Das Abonnement ist allen denjenigen zu empfehlen, die sich für die wichtigen Fragen des Gemeindelebens interessieren. Probenummern werden gratis und franko vom Verlag Berlin W 15, versendet.

Briefkasten.

Leonberg, J. K. Es ist wohl besser, Sie tragen ihre Beschwerden der Verwaltung vor.

Schmölln, B. K. Es ist aus der „Aufforderung" gar nicht ersichtlich, um welche Dinge es sich handelt, die in der „Holzarb.-Ztg." bekannt gegeben worden sein sollen. Nur im Zusammenhange mit diesen würden die von Dir angeführten Tatsachen verständlich sein.

Wiesbaden, F. G. Wir haben Ihr Schreiben nur als eine Anregung aufgefaßt, eventuell dieselbe einmal in einem Artikel zu verwerten. Das kann demnächst einmal geschehen. Sie hätten uns den fraglichen Bericht mitschicken sollen.

Augsburg, N. Mit der Einsendung würden Sie den Teufel an die Wand malen; es ist selbstverständlich Pflicht jedes Kollegen, daß er den beschlossenen Beitrag von 5 ₰ pro Woche zahlt.

Bremen, J. C. G. N. An A. B., M. d. R., Berlin. Das genügt.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter.

(E. H. 3 in Hamburg.)

Ueberschüsse sandten ein in der Zeit vom 30. Mai bis 11. Juni: Altona M. 900, Plagwitz 500, Charlottenberg, Weißensee je 300, Hamburg IV, Wahren je 200, Dresden-N., Neuendorf je 150, Ried 130, Forchheim, Bach, Villingen je 100, Münder 75, Freiburg i. Schl. 60, Apolda, Budenheim je 50, Merheim 4,96. Summa M. 3369,96.

Zuschüsse erhielten: Karlsruhe M. 400, Augsburg, Feudenheim, Würzburg I, Lindenau je 300, Kempten 260, Hornberg, Kaiserslautern, Regensburg, Volkmarsdorf, Halberstadt, Bremen, Halle, Altenburg, Rheingönheim, Kalk, Pirna, Leipzig II je 200, Ohrdruf 160, Hochstadt, Rintheim, Heilbronn, Büdingen, Neu-Isenburg, Mombach, Lippoldshausen, Oberrad, Neuhausen je 150, Westhofen 125, Grötzingen, Schwerte, Stadtilm, Herdecke, Cotta, Kabel, Hohen-Schönhausen, Eckesey, Dünnwald, Wetterzeube, Ilmenau, Kretzschau, Fußgönheim, Burgstädt je 100, Waldheim 90, Münden, Lößnitz, Straßburg je 75, Heiligenzell 72, Osterweddingen 70, Alsbach 60, Bürrig, Rottweil, Bernburg, Nieder-Erlenbach, Eisenach, Prenzlau je 50, Marburg 25. Summa M. 8137.

Krankengeld an Einzelmitglieder wurde bezahlt M. 954,97.

A. Huck, Hauptkassierer.

Versammlungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 ₰.)

Altona. Versammlung am Mittwoch, den 22. Juni, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn P. Christiansen, Blumenstr. 41. Tagesordnung: 1. Verbrechen, Prostitution, Strafe. Referent Laufkötter. 2. Verschiedenes.

Die Lokalverwaltung.

Charlottenburg. Montag, den 20. Juni, Abends 8½ Uhr, im „Volkshaus".

Düsseldorf. Dienstag, 21. Juni, Abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8.

Emden. Donnerstag, den 23. Juni, bei Menthe.

Frankfurt a. Main. Sektion der Wagner. Samstag, den 25. Juni, Abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Am Schwimmbad 8, 2. Et., Zimmer 4.

Halberstadt. Sonnabend, den 25. Juni, bei Krankemann, Westendorf 25.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Cassel. Achtung, Holzarbeiter! Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter aller Branchen befindet sich **Graben Nr. 60** (Schlosserherberge). Geöffnet Wochentags Abends von 8—9 Uhr und Sonntags von 11—12 Uhr Vormittags. Daselbst wird auch Reiseunterstützung ausgezahlt. **Das Umschauen ist streng untersagt.** Die sogenannten Entlassungsscheine des Arbeitgeberschutzverbandes sind unter allen Umständen zurück zu weisen.

Die Ortsverwaltung.

Oldesloe. Herberge und Arbeitsnachweis befinden sich **Segebergerstr. 34.** Das Umschauen in den Werkstätten und der Möbelfabrik ist streng verboten.

Quedlinburg. Der unentgeltliche Arbeitsnachweis für alle in der Holzindustrie beschäftigten Arbeiter befindet sich beim Kollegen Wilh. Murk, Weberstr. 2. Die reisenden Kollegen werden ersucht, das Umschauen zu unterlassen und sich nur an den Arbeitsnachweis zu wenden.

Stralsund. Die Reiseunterstützung wird beim Kassierer Franz Ahrenholz, Triebseerdamm 10, ausbezahlt.

Berlin.

Achtung, Holzarbeiter!

Der Arbeitsnachweis der Berliner Tischlermeister und Holzindustriellen, **Alexanderstraße 31, ist streng zu meiden.**

Der

Zentral-Arbeitsnachweis

der

Holzarbeiter aller Branchen

wie **Tischler, Pianofortearbeiter, Drechsler, Parkettbodenleger, Stellmacher, Bürstenmacher, Korbmacher,** auch für **Stockarbeiter, Jalousiearbeiter, Rahmenmacher, Perlmutterarbeiter** und **Kammmacher** befindet sich

Engel-Ufer 15, Gewerkschaftshaus, Zimmer 11.

Daselbst auch Auszahlung der Reiseunterstützung und Herberge.

Die Arbeitsvermittlung geschieht unentgeltlich.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Der Tischler **Heinrich Esken** aus **Aumund b. Vegesack** wird Zeugenvernehmung halber dringend ersucht, seine Adresse sofort an den Unterzeichneten zu senden.

Gerh. Neuhaus, Fähr b. Vegesack.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Hamburg.

Am **Sonntag, den 26. Juni 1904,** findet unsere diesjährige

Große Dampfertour

nach der reizend gelegenen **Lühe,** Lokal des Herrn Steinhoff, statt.

Abfahrt präzise 11¾ Uhr von den **St. Pauli-Landungsbrücken.**

Musik an Bord.

Gleich nach Ankunft: **Gemeinschaftl. Kaffee.** Hierauf: **Preisschießen, Preiskegeln** für Damen u. Herren. Abds: **Laternenpolonaise.**

Karten für Herren **M. 1,** Damen **70 ₰,** gültig für Hin- und Rückfahrt, sind bei den Delegierten, den Kassierern und im Bureau zu haben. — Kinder sind **frei.**

Zahlreiche Beteiligung erwartet

Das Festkomitee.

Vier tüchtige **Möbeltischler,** welche möglichst schon auf **Tische** gearbeitet haben, erhalten lohnende und dauernde Beschäftigung. **Tischfabrik Großröhrsdorf,** Bez. Dresden.

Tüchtige **Sofabauer** werden bei dauernder Stellung gesucht.

Gebr. Richters, Stuhlfabrik, **Schweikershain (Sachsen).**

Suche sofort tüchtige **Holzdrechsler** auf Bau und Möbel. Kraftbetrieb. Eintritt am liebsten am 20. d. M.

Franz Peters, Wehrstapel b. Meschede a. d. Ruhr.

Tüchtige Tischler
auf Tische und Buffets finden lohnende, dauernde Stellung bei
R. Saalfeld, Helmstedt.

Einige tüchtige **Glaser** auf dauernde Arbeit gesucht. **Paul Beier,** Glasermeister, **Geringswalde.**

---

2 Stellmachergehülfen stellt für dauernd ein (Motorbetrieb) **H. Besser,** Herischdorf, Kr. Hirschberg i. Schl.

Einen jungen **Korbmachergesellen** auf Kohlen- und Rübenkörbe stellt sogleich ein **Gottfried Wolle, Bergen** auf Rügen.

Korbmacher.

Flotte Gestell- und Bambus-Arbeiter auf guten Akkordlohn gesucht.

Leipziger Bambus-Luxus- und Rohr-Möbel-Fabrik Ernst Mathesius, Leipzig.

Reise wird nach vierwöchiger Arbeitszeit bei mir vergütet.

Ein **Korbmacher** auf Geschlagen und Ladenarbeit zum sofortigen Antritt gesucht. **O. Schwarzenberg, Schandau** (Sächs. Schw.).

Stelle noch 1 bis 2 tüchtige, jüngere **Korbmachergehülfen** auf grün Geschlagen ein. **Rich. Thieme, Corbetha**-Bahnhof.

Einige tüchtige Korbmacher

auf **Rohrarbeit** für dauernd gesucht.

Erste süddeutsche Rohrkorb-Manufaktur, O. Schlossstein, Heilbronn a. N.

Gesucht tüchtige **Korbmachergesellen.**

J. M. W. Heitmann, Hamburg, Antonistr. 12.

Korbmacher auf Mattarbeit stellt ein **Fr. Ring, Spandau,** Seeburgerstr. 88.

---

2 Korbmacher auf grüne Mattarbeit bei sofortigem Eintritt gesucht. Reisegeld nach dreiwöchiger Beschäftigung bis M. 8 vergütet.

O. Möller, Salzkotten i. W.

Ein tüchtiger, solider **Korbmachergeselle** auf Mattarbeit kann dauernde Arbeit erhalten bei **Alb. Heinke, Nobitz** b. Altenburg.

---

2 bis 4 Korbmachergesellen auf Grün, unverh., finden sofort dauernde Stellung.

A. Brüning, Stolzenburger Glashütte, Bez. **Stettin.**

Gesucht auf sofort ein jüngerer, tüchtiger **Korbmachergeselle** auf Reisekörbe. Dauernde Beschäftigung.

G. Weitzel, Minden i. Westf.

Tüchtige Pinselmacher

für **sofort** gesucht.

Thüringer Pinselfabrik, Arnstadt.

Ein tüchtiger, solider, junger **Bürstenmacher** findet dauernde und angenehme Stellung bei

Wilh. Alfei, Bürstenfabrik, **Bockenem i. Hannover,** Wilhelmstraße.

Gutes **Polierleinen** stets vorrätig.

W. Schäfer, Hamburg, Amandastr. 22.

Der Modelltischler.

Praktische Anleitung zur Anfertigung von Modellen und Schablonen für den Eisen-, Stahl- und Metallguß von **Fr. Wilh. Hesse,** Modellschreiner in Duisburg. Preis M. 4,50.

Zu beziehen durch die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung".

Slomkes Städtebuch

Reiseführer durch Deutschl. u. angr. Länder mit Eisenbahn- u. Wegekarte, 356 Seiten, geb. M. 1,20. In allen Buchhdl. zu haben od. gegen Einf. von M. 1,40 bei **G. Slomkes Verlag, Bielefeld.**

Genossen! Kauft nur den Bleistift „Solidarität" von **Jean Blos, Stein** bei **Nürnberg.**

---

ff. Tafelhonig

in Emaille-Eimern
ca. 10 Pfd. Mk. 4.—
franco gegen Nachnahme.

1a. Pflaumenmus

aus erster Hand

brandfrei und unter Garantie der Haltbarkeit:

in Fässern von 2—5 Ztr.,	Mk. 13,—	Ztr.
„ „ v. 100-130 Pfd.	„ 14,—	
„ Kübeln v. 30-70 „		
Em.-Wanne 45 Pfd. Inh.	Mk. 9,20	per Stück
25 „ „	„ 5,60	
Em.-Eim. ca. 25 Pfd. Inh.,	„ 4,50	
„ -Kocht. ca. 28 „ „	„ 5,50	
„ „ „ 18 „ „	„ 3,90	
Post-Blecheim. 9 „ „	„ 2,—	
„ -Em.-Eim. 9 „ „	„ 2,30	
„ „ -Kocht. 9 „ „	„ 2,70	

alles inkl. Gefässe, ab hier, gegen Nachnahme

Herm. Henschke
MAGDEBURG, Lessingstr. 12.

Ia Korbmacherwerkzeuge.

Versand nach allen Gegenden.

Richard Sundfeld,
Hamburg-St. Pauli, Pinnasberg 16/17.

Polieren und Lackieren überflüssig

Auf jedes rohe Holz kann durch einfachen Aufstrich mit

Berliner Streichpolitur „Pianosol"

(gesetzl. geschützt)

ein vorzüglicher, spiegelglatter Hochglanz erzeugt werden.

C. Bratsch, Lackfabrik,
Reinickendorf b. Berlin.

Tischlerwerkzeuge Ia.

Anerkannt das Beste, was in dieser Branche nur geliefert werden kann, fabriziert und hält auf Lager **H. Himstedt, Hamburg,** Lange Mühren 86/87. Preislisten a. Wunsch z. Diensten. (Geringe, sog. Ladenware führe ich nicht.)

Tischler-Fachschule Neustadt i. Meckl.

Zeichner, Werkführer, Meister.

Rasiermesser von unerreichter Güte und Schnittfähigkeit empfiehlt **Fritz Hammesfahr,** Fabrik u. Versandhaus, **Foche b. Solingen.**

D. R. Nur bei mir G. M. zu haben. Kronen-Diamant-Stahl M. 3.25. Kronen-Silber-Stahl M. 2.25. Fertig zum Gebrauch mit Etui. Für jedes Stück wird garantiert. Streichriemen M. 1.— bis M. 1.80, Rasierpinsel, Rasierschalen à M. —.50, Schärfmasse M. —.30, Rasierseife M. —.25, Rasier-Garnitur complet in f. Etui M. 8.—, Gelabziehsteine i. Etuis à M. 2.50 u. M. 5.—. Versand geg. Nachn. Katalog mit über 3000 Abbild. bitte zu verlangen franko u. umsonst.

Der Praktische Tischler. Handbuch der gesamt. mod. Bau- u. Möbeltischlerei von Prof. H. Walde, Leit. d. Tischlerschule Warmbrunn.

600 S. Text, 758 Abbild., 80 Tafeln u. 2 vierfarb. Modelle: Gesmster mit Fräsmaschine, Kleider- u. Wäschespind. Preis M. 20 bei **monatlicher Teilzahlung** von M. 3, per Kasse **10 % Rabatt** u. franko.

Dieses neueste Handbuch, in welchem der **Jugendstil** umfassend zum Ausdruck kommt, wurde in der „Holzarbeiter-Ztg." wie folgt **glänzend beurteilt:** „Wer sich etwas wirklich Gutes und Gediegenes anschaffen, seine Kenntnisse bereichern und sein Fortkommen fördern will, der kaufe sich das Buch ‚Der Prakt. Tischler'."

Als **Extrazugabe** zum „Prakt. Tischler" sind erschienen: **Moderne Bau- und Möbeltischlerarbeiten,** 49 Detailzeichnungen in Originalgröße, Formen bis zu 70×120 cm.

Apart bezogen M. 15. Als Prämie zum „Prakt. Tischler" erhöht sich dessen Preis nur um M. 2, (bar M. 20, in Raten M. 22).

Anerkennungsschreiben von Käufern und **Prospekte gratis.**

Arthur Gasch, Reise- und Versandbuchhandlung, **St. Ludwig,** Els., (früher Leipzig).

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26—36 Eilbeck Pappel-Allee 26—36

Fabrik chemischer Produkte.

Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.

Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.

Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.

Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polierfähig, dauerhaft, schnell trocknend.

Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.

Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.

Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelausschlagen.

Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Ware zum Versand gebracht.

Paul Horn's Flintsteinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.

Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswert und von ff. Qualität.

Paul Horn liefert Ia. rectifizierten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.

Paul Horn ist „preisgekrönt Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889."

Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.

Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.

Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.

Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille", Lübeck.

Verlag: A. Röske, Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co., beide in Hamburg.